

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich K 16.— vierteljährlich 48.— halbjährig 96.— ganzjährig 192.— Kündelung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourkarten. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Mittwoch, 30. Mai 1923.

Nr. 123.

Unser Problem vor der Internationale.

Neben der Freude, welche die deutschen Sozialdemokraten mit den Sozialisten aller Länder über das Wiedererstehen der Internationale teilen, steht für uns die Sorge und der Schmerz, daß das Problem der sozialistischen Einigung in diesem Staate auch nach dem Hamburger Kongreß noch keineswegs als gelöst erkannt werden kann. Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik befindet sich nun mit der Partei der tschechoslowakischen Sozialdemokraten in einer Internationale, aber niemand von uns wird sich verhehlen, daß dadurch allein die Gegensätzlichkeiten, die uns von den tschechischen Sozialdemokraten trennen, noch nicht aus der Welt geschafft sind. Die Differenzen, oder richtiger: der Kampf, den wir gegen die Politik der tschechischen Sozialdemokraten zu führen gezwungen sind, ist leider von anderer, schwererer Art, als die Meinungsgegenstände und theoretischen Auseinandersetzungen — mögen sie zeitweilig noch so leidenschaftlich geführt werden — über die Methoden zur Durchsetzung des sozialistischen Zieles, Meinungsverschiedenheiten, wie sie nicht nur zwischen den sozialistischen Parteien, sondern auch innerhalb ihrer eigenen Parteien seit jeher bestanden haben und auch weiter nach Geltung ringen werden. Was bei uns die sozialistischen Parteien trennt, das ist leider nicht bloß ein ideeller Streit, sondern es ist die seit Jahren betriebene Verhöhnung gegen alle sozialistischen Grundzüge der tschechischen Sozialdemokraten, es sind ihre Verstöße gegen den Geist des Internationalismus und die proletarische Solidarität, welche zur Freude der kapitalistischen Reaktion ein Zusammengehen mit den tschechischen Sozialdemokraten unmöglich gemacht haben.

Dieser Pakt im Fleische ließ den deutschen Sozialdemokraten im Tschechoslowakischen Staate den Weg nach Hamburg nicht so leicht beschreiten, wie es den Bruderparteien der anderen Länder möglich war. Die Zurückstellung der Meinungsverschiedenheiten zur Herstellung einer gemeinsamen Kampffront gegen die mächtig und gefährlich gewordene Reaktion legte diesen sozialistischen Parteien auch nicht annähernd ein solches Maß von Selbstverleugnung und Unterordnung unter das Gesamtinteresse des Weltproletariats auf, als uns die Eingliederung mit den tschechischen Sozialdemokraten, solange diese ihre verderbliche Koalitionspolitik mit den reaktionären Parteien fortsetzen, in die internationale Gemeinschaft auferlegt. Unsere Partei hat dennoch nicht gezögert, das Werk der Wiederaufrichtung der zerstörten Internationale mit allen Kräften zu fördern, in der Erkenntnis, daß der Kampf gegen den in allen Ländern sich erhebenden Faschismus die Schaffung einer proletarischen Weltorganisation gebieterisch verlange. Die gleiche Notwendigkeit für die Zusammenfassung der proletarischen Kräfte des Weltproletariats ergab sich für unsere Partei aus der Erkenntnis, daß kein Augenblick verloren gehen dürfe, soweit die Macht des sozialistischen Proletariats reicht, dem Wüten der Nationalisten und Kriegstreiber geschloffen entgegenzuwirken. Heute steht die Arbeiterbewegung vor der Gefahr, vom Faschismus, der ein Werkzeug des Kapitalismus und Imperialismus ist, niedergeworfen, erdrückt, erdrückt zu werden — da dürfte es kein Besinnen, kein Zögern, keine Sorgen geben. Die gemeinsame juchbare Gefahr, die bedrohte Demokratie, die drohende Anebelung der Arbeiterklasse durch die Reaktion, mußte in den Vordergrund aller Erwägungen gestellt werden.

Es war also kein Zweifel bei uns, daß auch unser Platz in der neuen Internationale sein muß, aber wir konnten und durften nicht nach Hamburg gehen, ohne den Vertretern des sozialistischen Weltproletariats unsere besonderen Sorgen und Leiden zur Kenntnis zu bringen. Die deutschen Sozialdemokraten haben daher dem Hamburger Kongreß ihre Denkschrift vorgelegt, die ihm über das

Deutsche Arbeit als internationales Ausbeutungsobjekt.

Paris, 29. Mai. (Havas.) Der „Matin“ erzählt, daß die Frankreich vorgelegten Vorschläge Belgiens die deutsche Schuld zu kommerzialisieren und in Deutschland eine Zahlungsmöglichkeit unter Verbleibhaltung der Pfänder ausfindig zu machen trachten. Es würden in Deutschland große Gesell-

schaften für den Einkauf und die Ausfuhr einiger Produkte, für die Exploitation der Staatsgüter und die Verwaltung der Eisenbahnen gebildet werden. Die Alliierten würden sich in erheblichem Maße an den internationalen Kreditkassen der Reichsmonopole beteiligen.

Geringer Leistungswille der deutschen Mittelparteien.

Berlin, 29. Mai. (Tsch. P.) Ueber die Auffassung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft der Mitte in der Frage des deutschen Angebotes teilt der demokratische Zeitungsdiens u. a. mit: Nach deutscher Auffassung hat die erste deutsche Note schon die äußerste Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit erreicht; doch könnte in der neuen Note die Bereitwilligkeit, die Leistungsfähigkeit durch internationale Sachverständigen festsetzen zu lassen, bestimmter und greifbarer ausgedrückt werden, ohne daß dadurch der Eindruck entstände, als ob unter dem Druck von London und Rom erhöhte Angebote gemacht werden. Die Parteien der Mitte vertreten entschieden diese Ansicht und suchen sie dem Reichskanzler und Außenminister als richtig darzustellen. Auf alle Fälle wünschen sie nicht den Anschein zu erwecken, als ob wegen einiger Milliarden die Verteilung Deutschlands aus unerträglichem Loos veräußert werde. Was die Garantien betrifft, bekräftigt der demokratische Zeitungsdiens das Angebot von den Parteien der Mitte als ungenügend zurückgewiesen werden, da das Angebot an eine Reihe von Bedingungen geknüpft sei und die staatliche Autorität Bedingunglosigkeit verlange.

Theunis durchkreuzt Poincarés Sabotage.

Paris, 29. Mai. (Tsch. P.) Die gestern von der französischen Presse verbreitete Nachricht, daß die belgisch-französische Ministerkonferenz bis zur zweiten Hälfte Juni aufgeschoben werden müsse, scheint in Brüssel einige Ueberraschung hervorgerufen zu haben. Jetzt sehen sich die Pariser Morgenblätter genötigt, nach den Brüsseler Meldungen festzustellen, daß Ministerpräsident Theunis die Absicht habe, sich am nächsten Montag oder Mittwoch zur Besprechung mit Poincaré nach Paris zu begeben. Der belgische Vorschlag habe in dieser Frage bereits am Duai d'Oron vorgeschrieben.

Verhalten der tschechischen Sozialdemokraten über ihre, die Arbeiter schwer schädigende Politik unterrichtet und die vom Kongreß die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses verlangte. Nichts ist unsinniger als die Behauptung, wie sie in einigen Blättern der tschechischen Sozialdemokraten erhoben wird, unsere Partei hätte aus kleinlicher Janktsucht ihre Beschwerden und Anklagen vor das Forum der Internationale gebracht. Der Widersinn einer solchen Behauptung leuchtet von selbst ein. Hätten wir eine Ueberprüfung unseres politischen und sozialistischen Verhaltens durch die Internationale zu fürchten, unser Bedürfnis danach wäre wohl kleiner gewesen. Statt dessen sehen wir, daß sich der tschechische Sozialdemokrat Dr. Reichner gestern im „Pravo Lidu“ mit allen juristischen Feinheiten zu bemühen bemüht, daß die Internationale sich um die innerpolitische Tätigkeit der in ihr vereinigten sozialistischen Parteien in keiner Weise zu kümmern habe, daß jede Partei tun und lassen könne, was ihr beliebt, welche Argumentation die tschechischen Sozialdemokraten offenkundig auch vor dem eingesehten Vermittlungsausschuß verwenden wollen. Es zeigt nur, wie verzweifelt schlecht die tschechischen Sozialdemokraten die Wirksamkeit ihrer eigenen Beweismittel einschätzen, wenn ihre Blätter ihren Lesern als Grund unserer Klage unsere angebliche Unver-

Belgisch-französische Verhandlungen.

Paris, 29. Mai. (Havas.) Poincaré meldete Jaspar, er sei auf den Wunsch der belgischen Regierung bereit, am 8. Juni nach Brüssel zu kommen, damit die Verhandlungen die infolge der Erkrankung Jaspars unterbrochen wurden, fortgesetzt werden können.

Vor dem neuen deutschen Angebot.

Berlin, 29. Mai. (Eigenbericht.) Am Mittwoch werden die nach London und Rom entsandten Beauftragten der Regierung in Berlin zurück erwartet. Von deren Bericht beabsichtigen Cuno und Rosenbergs ihre Mitteilungen über das neue Angebot abhängig zu machen. Die Meldungen bürgerlicher Blätter, die berichten, daß das Angebot fast fertig sei und zwischen der Regierung und den Parteien bereits Uebereinstimmung bestehe, sind verfrüht. Erst am Mittwoch wird eine gemeinsame Sitzung der Reichsregierung und des Außenausschusses stattfinden. Zu dem Angebot der Industriellen wird bereits in den nächsten Tagen der deutsche Gewerkschaftsbund einige kritische Bemerkungen veröffentlichen.

Befetzung eines weiteren chemischen Werkes.

Mannheim, 29. Mai. (Wolff.) Das Opauer Werk der „Badischen Anilin- und Sodafabrik“ ist heute von den Franzosen besetzt worden.

Abebben der Unruhen an der Ruhr?

Düsseldorf, 29. Mai. (Wolff.) Nach einer Meldung der „Rheinischen Zeitung“ war am Sonntag die durch den Selbstschutz auf 2000 Mann verstärkte städtische Feuerwehr Herr der Lage. Am Montag wurden auf einer Reihe von Zechen die Rostandsarbeiten wieder aufgenommen. Die Stadt ist ohne Gas. Am Nachmittag wurde mit der Wassertellung der Wasserzufuhr begonnen, da auch die Wasserwerke den Betrieb nicht voll aufrecht erhalten können. — In Essen kam es gestern wieder zu Feuerungskrawallen. Vor allen Lebensmittelgeschäften stauete sich die Menge. Die Lebensmittelgeschäfte waren bereits zu Mittag ausverkauft.

träglichkeit und blindgehässige Mißdeutung der reinen sozialistischen und demokratischen Bestrebungen der tschechischen Sozialdemokraten hinstellen. Es ist überflüssig, zu sagen, daß uns nur die Pflicht leitet, darnach zu trachten, dem Zustand der sozialistischen Verpöhlung auch innerhalb dieses Staates ein Ende zu bereiten, die deutsche und tschechische Arbeiter-schaft zur gemeinsamen sozialistischen Aktion gegen die gegenrevolutionären Gewalten zusammenzuführen.

Die Internationale hat unserem Wunsche Rechnung getragen und einen Vermittlungsausschuß eingesetzt. Gewiß wird dieser alle in nicht vermögen, die Verstrickung der tschechischen Sozialdemokraten mit der bürgerlichen Reaktion zu lösen, sie von ihrer falschen Ideologie zu befreien und den Weg geistlichen Zusammenarbeitens zu weisen. Dazu bedarf es auch des guten Willens der in Betracht kommenden sozialistischen Parteien selbst. Ob die tschechischen Sozialdemokraten schon jetzt diesen Willen aufbringen, ob sie erkennen, daß ihre Zugehörigkeit zur Internationale ihnen nicht bloß Rechte gibt, sondern auch Pflichten auferlegt und ob sie die Internationale nicht als eine bloße Dekoration auffassen wollen, wird sich zeigen. Es liegt an den Proletariern dieses Staates, daß die Internationale auch für sie zur Wahrheit und Wirklichkeit werde.

Das Bekenntnis zum Geschäft.

Die letzten Tage sind reich an Dokumenten, die das wahre Antlitz des Reparationsstreites und des Ruhrkonfliktes enthüllen: von der französischen Schwereindustrie abhänig oder für diesen Spezialfall gekaufte Presse veröffentlicht eine Reihe von Artikeln, die bemüht sind, nachzuweisen, daß die französischen Schwereindustriellen der Idee des Ruhrabenteuers durchaus fernstehen. Aber man liest aus der Verteidigung das gerade Gegenteil dessen heraus, was sie soll: daß nämlich die Kohlen- und Eisenmagnaten Vorbringen sich vom Einfall ins Ruhrland, weil sie an die Möglichkeit der passiven deutschen Resistenz nicht im Traume dachten, sofort Milliardengewinne versprochen und daß sie jetzt, wo das Ausbleiben des Ruhrlooses die Schwächeren unter ihnen dem Ruin nahebrachte, die Hände in Umschuß wuschen und den ganzen Plan ihrem Beamtentraten Poincaré zuschieben. Sowie diesen Profitmachern die Phrase vom verwesteten Vaterland, das der „Boche“, der „Sunne“ wiederherstellen müsse, eben gut genug war, um ihre Raubbaupläne zu maskieren, so lassen die deutschen Großindustriellen, nun es ernst wird und die Stunde ihrer Leistungen heransdämmert, ihr heißgeliebtes Vaterland im Stich und anwerben einen „Garantie“, der eben diesem Vaterland nichts und ihren alles einzubringen bestimmt ist, und ist in gleichen Augenblick tritt auch der belgische Reparationsplan als Zusammenfassung der ausschweifendsten Wünsche der belgischen Kapitalistenklasse an die Öffentlichkeit. Alle drei Bekenntnisse vereint sind ein gewaltiger Hymnus an den Gott Rimm, er, und nicht irgend eine „nationale“ Sehnsucht oder Hemmung steht hinter jeder Tat und jedem Anbot aus Industrie, Finanz- und Großgrundbesitzerkreisen.

Man betrachte darauf hin nur die Denkschrift des Verbandes der deutschen Großindustriellen und Kontrolliere mit dem Rechenstift nach, welche gewaltige Plus für sie aus der Differenz dessen herauskommt, was sie vom Staat an Zugeständnissen verlangen und was sie ihm dafür an Mitteln bieten. Von 500 Goldmillionen, die die gesamte deutsche Wirtschaft alljährlich garantieren soll, wollen die Industriellen 200 Millionen übernehmen. Aber nicht etwa um einen Gotteslohn, sondern um arbeitsbare Gegenleistungen des Staates und des deutschen Volkes. Die alte Forderung von der Entbürokratisierung der Staatsbetriebe wird erhoben, was unter den heutigen Umständen auf deren Entstaatlichung hinauslaufen würde; ferner die Aufhebung jedes Wirtschaftszwanges, also der Wegfall der Preis- und Lieferungskontrolle insbesondere für Kohle, Kali und Eisen; weiter die Beseitigung der Kontrolle des Außenhandels, womit auch die Erhebung von Exportzöllen ihr Ende erreichen müßte; nur schließlich die Unterhöhlung des Wirtschaftstages. Krieg also der Verstaatlichung als der embryonalen Form der Sozialisierung, Krieg den Betriebskräften, Krieg jeder staatlichen Beschränkung der freien Wirtschaft, jeder energetischen Steuerpolitik, jedem Tarifvertrag, der den Achtstundentag aus der „grundtätigen Anerkennung“ in die lebendige Praxis überträgt, und dafür das Zugeständnis einer „Erfassung der Sachwerte“, die in der Wirklichkeit auf deren Verhöhnung hinausläuft. Denn nur die Gebäude sollen dem Staate haften und ja nicht Maschinen und Einnahmen, nur der deutschen Regierung wollen sie sich verpflichten, und nicht den Reparationen heischenden Alliierten und das Gesamtergebnis soll ein durch die Streichung der Ausfuhrabgaben noch beträchtlich verringertes Impresco fiktiver Milliarden jährlich sein, während die Entente mit einer Annuität von zweieinhalb bis drei Milliarden rechnet! Wer aber soll den Rest zahlen? Nun, abgesehen von weiteren 300 Millionen der Banken und Karrieren, natürlich das arbeitende Volk, das durch eine „geunde Steuerpolitik“ und durch den reiflosen Uebergang aller Staatsmonopole, der Eisenbahnen, Staatsforste, Bergwerke usw., in die Hände der Privatwirtschaft bis aufs Hemd ausgezogen werden soll.

Was die deutschen Stinnesse großen und kleinen Kalibers zwischen den Reilen andeuten, daß verkünden ihre belgischen Klassenbrüder durch den Mund ihres Theunis klar und laut. Sie haben keine Lust, der bedrängten deutschen Volkswirtschaft durch Anleihen beizuspringen, und darüber nachzudenken, wie dem Unheil der Inflation und damit der chronischen Marktkatastrophe gesteuert werden soll, ist nicht Belgiens Sache. Es genügt zu beschließen, daß diesen Dingen gesteuert werden muß und irgendein aus Wien nach

Deutschland übertragener Dr. Zimmermann, Generalkommissar des Entente-Komitees, wird auch dafür sorgen, daß ihnen gesteuert werden wird. Wichtig ist für Thennis, zu wissen, daß es noch manche Kräfte in Deutschland gibt, die noch nicht hoch genug verfeuert sind, um dem Volk als unerschwingliche Luxurysartikel zu gelten, und deren Vertrieb noch besser „exploitiert“ werden kann. Welche ungeheuren Möglichkeiten hat das Westkapital! Schon sehen die belächelten Finanzleute Gesellschaften aus der Erde wachsen, die den Zucker, den Tabak und Alkohol verfeuern, die das deutsche Staatsciment und die Eisenbahnen auf sechsia Jahre pachten. So ließen sich 1900 und uns der Kohle weitere 500 Millionen jährlich, zusammen also 2400 Millionen oder Zinsen für vierzig Milliarden Goldmark zugunsten des Reparationsfonds herauspressen, und was der deutsche Arbeiter darüber hinaus mit seinem Schweiß erschinden und an dringenden Verbrauchsgüterständen steuern würde, läßt in die Taschen der Syndikate. Die deutschen Industriellen gingen bei diesem Geschäft natürlich auch nicht schlecht aus, nur weil sie eben doch die Besessenen sind, müßten sie ein Viertel ihres Eigentums der Entente überlassen. Gerechtigkeit muß sein und das französische, englische, belgische und amerikanische Volk soll wissen, wofür Millionen seiner Söhne kämpften und fielen.

Die von Thennis entworfene Verfassung Deutschlands, die jene Diktatoren um soviel übertrifft als sechsia Millionen Menschen deren sechs, wird vom deutschen Kapital mit einem einzigen Entrüstungsschrei beantwortet werden. Aber im stillen Kämmerlein werden die Herren nachrechnen, und erkennen, daß das Geschäft gar nicht so übel ist und daß hier eine Insel aus dem Meer des Ungeheuren auftaucht, auf der sich die große Weltbourgeoisie sehr wohl zusammensuchen könnte. Denn die Perspektive einer grenzenlosen Ausbeutungsmöglichkeit ist sich auf, und wenn sich die deutsche Industrie beharrlich genaug weigert, die notwendigen Garantien zu leisten, könnte die Entente Deutschland zu Leistungen zwingen, welche die Industrie, um ihren großen Schab zu machen, heimlich herbeiseht. Worum jetzt gekämpft wird, ist die Freiheit, die Lebensmöglichkeit und der Arbeitsvertrag der breiten deutschen Volksmasse. Das Proletariat der Welt hat allen Grund, dieses Spiel durch zielbewusste Arbeit zu durchkreuzen, denn die Verfassung des arbeitenden Deutschland bedeutet unter aller Verfassung und Entschleunung, der Sieg, den die Kapitalisten hier zu errichten hoffen, wäre noch verhängnisvoller als der Sieg Mussolinis.

Genat.

Opiumkonvention — Festsetzung der Gerichtskosten — Svehla ist wieder da.

Die Pause in den parlamentarischen Arbeiten wurde gestern durch eine Sitzung des Senates unterbrochen. Das Interesse des Hauses konzentrierte sich aber nicht etwa auf die allerdings ziemlich belanglose Tagesordnung, sondern vielmehr auf die Anwesenheit des Ministerpräsidenten Svehla, der gestern noch langer Zeit wieder zum erstenmal im Parlament erschien. Daraus erklärte sich auch die Anwesenheit zahlreicher Mitglieder des Abgeordnetenhauses im Senat.

Vizepräsident Dr. Soukup eröffnete die Sitzung, der eine Konferenz der Klubobmänner und des Präsidiums vorangegangen war, mit einem Nachruf für die verstorbene Gattin des Präsidenten Masaryk, „mit der eine wahrhaft heroische Frau aus dem Leben geschieden ist.“

Sodann genehmigte der Senat in zweiter Lesung den Vertrag mit der tschechoslowakischen Republik und Deutschland wegen Auslieferung von Verbrechern und gegenseitiger Rechtshilfe in Strafsachen.

Weiter wurde der Antrag, im gestrigen Verfahren den Bericht der Ausschüsse über die Durchführung der internationalen Opiumkonvention vom 23. Jänner 1922 zu verhandeln, genehmigt. Der Berichterstatter des verfassungsrechtlichen Ausschusses Senator Klekal betont die Wichtigkeit der Opiumkonvention, da das Opium heute nicht nur als Heilmittel dient, sondern ein Unheil geworden ist, das auf der menschlichen Gesellschaft schwer lastet. Dem übertriebenen Gebrauch dieses Betäubungsmittels werden nun Grenzen gesetzt dadurch, daß seine Erzeugung unter Aufsicht gestellt und seine Verteilung kontrolliert wird.

Weiter befand sich auf der Tagesordnung der Bericht des verfassungsrechtlichen Ausschusses über die Änderung des Gesetzes vom 18. Dezember 1919, betreffend die Zugehörigkeit der Strafgerichte bei Festsetzung der Gerichtskosten. Der Berichterstatter bepricht detailliert die Bestimmungen der einzelnen Paragraphen, worauf die Vorlage unverändert angenommen wird. Während seiner Rede betritt Ministerpräsident Svehla den Saal, worüber die Anwesenden aller Schattierungen vor Freude ganz aus dem Häuschen geraten. Die Klammationen werden so „bersia“ und lebhaft, daß der antierende Vizepräsident Dr. Soukup wiederholt die Klode ertönen läßt, um den Berichterstatter, der mit seinen Ausführungen aussetzen mußte, wieder zum Worte zu verheßen. Schließlich gelingt es, die Freude dertat zu dämpfen, daß der Berichterstatter seinen Vortrag über die Festsetzung der Gerichtskosten fortsetzen kann. Die Vorlage wird angenommen. In einer zweiten formalen Sitzung werden die zahlreich eingelaufenen Abgeordnetenhausbefchlüsse den zuständigen Ausschüssen zugewiesen und die Aus-

lieferung des Senators Paz o wegen Ehrenbeleidigung beschloßen.

Im Einlaufe der Sitzung befand sich unter anderem auch die Immunitätsangelegenheit der Genossen Senatoren Dr. Heller, wegen Vergehens nach § 487 der Strafordnung, Link wegen Vergehens nach § 300 und 305 sowie Paz o8 der Strafordnung und Stark wegen Vergehens nach § 312 der Strafordnung und § 1 des Gesetzes vom 12. August 1921. Der Immunitätsausschuß empfiehlt in seinen Berichten die Auslieferung sämtlicher Genannten.

Die nächste Sitzung des Senats findet heute um elf Uhr vormittags statt. Eine weitere Sitzung dürfte am 6. Juni abgehalten werden; in dieser Sitzung wird die Verstaatlichung der Buschtrahder Bahn zur Verhandlung stehen.

Auswärtiger Ausschuß.

Jaworina, Ungarn und Rußland vertraulich. — Anfrage des Genossen Dr. Heller über die gegenseitige Rechtshilfe und Antwort Dr. Benesch.

In der gestrigen Sitzung des auswärtigen Ausschusses des Senates wurden die Handelsverträge mit Griechenland, mit dem Königreich der Niederlande, der Vertrag von Barcelona und die Elbschiffahrtsakte beraten und ohne Debatte angenommen.

Sodann stellten die Mitglieder des Ausschusses Anfragen an Dr. Benesch. Die Behandlung der Jaworinafrage wurde als vertraulich erklärt. Minister Benesch steht nach wie vor auf dem Standpunkte, daß durch die Entscheidung des Volkschafferrates vom 6. Dezember die Jaworinaangelegenheit zugunsten der Tschechoslowakei erledigt sei.

Senator Genosse Dr. Heller richtete an den Außenminister die Anfrage, ob alle Grenzfragen im Gultschiner Ländchen bereinigt sind und ob über den Abschluß von gegenseitigen Rechtshilfeverträgen mit dem Auslande verhandelt werde.

Minister Dr. Benesch erklärte, daß in Gultschin alle Grenzfragen definitiv erledigt sind und daß die gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen durch Verträge mit vielen Staaten bereits geregelt sei. Schwieriger ist die gegenseitige Rechtshilfe in Zivilsachen, doch wurden auch hier Verträge mit Deutschland, Österreich und Jugoslawien den parlamentarischen Vertretungskörpern in Kürze vorgelegt werden. Auf diesem Gebiete sei die Angelegenheit deshalb schwieriger, weil die Vollstreckbarkeit der Urteile, die in der Tschechoslowakischen Republik erließen, in Staaten mit schlechter Valuta abgelehnt wird, während in Staaten mit guter Valuta die Regelung auf technische Hindernisse stößt und zwar wegen der Verschiedenheit des Prozeßverfahrens.

Verschiedene Anfragen, die unser Verhältnis zu Ungarn und Rußland betreffen, sowie die Antwort des Außenministers hierauf, wurden ebenfalls als vertraulich bezeichnet.

Das Währungsschutzgesetz.

Der verfassungsrechtliche Ausschuß des Senates hielt gestern eine Sitzung unter Vorsitz der Senatoren Dr. Soukup und Dr. Franta ab, die den Gesetzesantrag der Regierung über Maßnahmen zum Schutze der tschechoslowakischen Währung, sowie des Umlaufes der gesetzlichen Zahlungsmittel behandelte. Als Grundlage der Verhandlung diente ein vom Subkomitee des Ausschusses ausgearbeitetes Elaborat, über welches Senator Dr. Bely referierte. Nach Abführung einer Debatte, an der sich die Senatoren Dr. Spiegel, Dr. Prochaska, Lufek und Genosse Dr. Heller, sowie der Vertreter des Justizministeriums Sektionschef Dr. Polak beteiligten, wurde das Elaborat des Subkomitees mit einigen Änderungen angenommen.

Senator Genosse Dr. Heller wandte sich in seinen Ausführungen insbesondere gegen die Bestimmungen des Paragraph 15, betreffend das Strafverfahren wegen der durch das Gesetz angeordneten Bestimmungen. Nach dem ursprünglichen Entwurf sollte nämlich das Strafverfahren von den Finanzbehörden durchgeführt werden, was eine Verletzung des Grundgesetzes, daß das Strafverfahren den hiezu befugten Strafbehörden obliegt, darstellt. Redner wies darauf hin, daß durch diese Bestimmungen, falls sie Gesetz werden, der Willkür der administrativen Behörden Tür und Tor geöffnet würden und trat daher für die Streichung dieser Bestimmungen ein.

Zur Annahme gelangte schließlich ein Vermittlungsantrag, durch dessen Bestimmungen das Wort „Straftaten“ durch die Worte „Vergehen und Übertretungen“ ersetzt werden. Es werden sonach nur die durch die Begriffe Übertretungen und Vergehen bezeichneten Straftaten den Finanzbehörden obliegen, während Verbrechen den ordentlichen Gerichten zugewiesen werden.

Vertragsverhandlungen der Türkei mit Amerika.

Ankara, 28. Mai. Die türkische Delegation teilte heute abends mit, daß Ismet Pascha und der amerikanische Vertreter Crew unter Mitwirkung der Sachverständigen beider Abordnungen in offizielle Besprechungen eingetreten sind, um Verhandlungen über den Abschluß neuer, auf dem internationalen Recht begründeter Verträge zwischen der Türkei und den Vereinigten Staaten anzubahnen. Die künftigen Verträge sollen die diplomatischen Beziehungen wiederherstellen und die Handelsbeziehungen sowie das Niederlassungsrecht regeln.

Inland.

Die Vermittlungskommission für die Tschechoslowakei. Als Vertreter unserer Partei in der vom Hamburger Kongress eingesetzten Kommission, deren Aufgabe es ist, zwischen der tschechischen und deutschen Sozialdemokratie in diesem Staate zu vermitteln, wurde Gen. Otto Bauer-Wien bestimmt. Die tschechischen Sozialdemokraten haben den Genossen de Brouckere, Belgien nominiert. Ferner sei richtiggestellt, daß nicht, wie wir gemeldet haben, Genosse Grimm, sondern Genosse Graber-Schweiz von der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in die Vermittlungskommission entsendet wurde. — Auch die beiden internationalen Sekretäre sind Mitglieder der Kommission.

Für die Wiederherstellung des Deutschen parlamentarischen Verbandes. In der „Reichsberger Zeitung“ mehren sich die Stimmen kontra Lodgman und für eine energische Kursänderung der deutschbürgerlichen Politik. Ein Herr „A“ schreibt dazu in einem Artikel dieses Blattes vom Dienstag unter anderem:

„An der Politik ist nichts schädlicher, als ein zeitgemäher Optimismus, welchem sich deutsche Politiker leicht hinzugeben pflegen. Viel richtiger wäre es, wenn die deutschen Wählerkreise mit aller Entschiedenheit darauf hinwirken würden, daß wenigstens die deutschbürgerlichen Abgeordneten den durch Dr. Lodgman inwörtlicher Weise gestörten Abgeordnetenverband wieder herstellen möchten. Ebenso wichtig als dringend notwendig erscheint es auch, daß sich die Deutschen endlich über ein erreichbares politisches Ziel einigen müssen, wenn nicht die um sich greifende Zerfahrenheit in ein politisches Chaos endigen soll. Dieses Ziel kann doch kein anderes sein, als die Erringung der Selbstverwaltung (Autonomie), die wir seit Jahren als die einzig mögliche Politik für die Deutschen vertreten haben; denn das jedem Volke zustehende, immer wieder ins Treffen geführte Selbstbestimmungsrecht bildet nur einen grundsätzlichen Rahmen, dessen Inhalt, nämlich die darauf gestützten Forderungen, z. B. Selbstständigkeit, Anschluß an einen anderen Staat, Selbstverwaltung, erst ausgefüllt werden muß, um die Grundlagen für die politischen Bestrebungen eines Volksstammes festzustellen.“

Es muß daher lebhaft begrüßt werden, daß eine jüngst in der „Kölnener Zeitung“ veröffentlichte Zuschrift aus Prager Kreisen in zutreffender Begründung einen Vorschlag bringt, um endlich dem ständigen, ganz grundlos wiederholten Wortwurf der Tschechen, „die Deutschen treiben Hochverrat“, endlich die Spitze abzubrechen.“

Herr Dr. Lodgman selbst hat sich bisher zu der starken Schwankung der deutschbürgerlichen Politik, die ohne und gegen sein Kommando erfolgt, mit keinem Worte geäußert. Das deutsche Bürgertum scheint mit dem neuen Parlamentarischen Verband schon im neunten Monat schwanger zu gehen, ohne daß Lodgman, der Vater und zugleich Vernichter des ersten lebensunfähigen Kindes, zu der bevorstehenden Geburt des Nachfolgers irgendetwas bemerken wollte.

Ueber die Interpellation Stanzl kann man in der gestrigen Senatskorrespondenz folgendes lesen: „In den letzten Tagen erschienen in den Zeitungen Berichte, denen zufolge Abgeordneter Stanzl im Abgeordnetenhause eine Interpellation über die Bohemiaaffäre überreicht hätte: Ja, es wurde sogar ihr Wortlaut abgedruckt. Laut den im Abgeordnetenhause gewonnenen Informationen wurde eine solche Interpellation weder dem Präsidium noch der Kanzlei des Abgeordnetenhauses überreicht.“ — Dieses amtliche Dementi kommt reichlich spät und entbehrt auch jeder Grundlage. Tatsache ist, daß Abg. Stanzl die Interpellation am 24. Mai in der Kanzlei des Abgeordnetenhauses überreicht hat. Möglich ist, daß ihn die Führung der agrarischen Partei bewogen hat, diese Interpellation wieder zurückzuziehen. Es ist dies umso mehr wahrscheinlich, als bereits das klerikale Prager Hauptorgan, die „Lidove Listy“ von einer Extracour Stanzls sprechen.

Für die Durchführung der Gemeindevahlen in Prag haben sich die tschechischen sozialdemokratischen Vertrauensmänner ausgesprochen. Anlaß dazu gab die Nachricht des „Ceske Slovo“, wonach die Neuernennung von Mitgliedern in die Prager Zentralverwaltungscommission bevorsteht. Die Vertrauensmännerkonferenz sprach sich dagegen aus, weil es keinen Sinn hat, knapp vor den Gemeindevahlen eine neue Verwaltungskommission zu ernennen.

Der Ministerrat tritt heute zusammen und wird sich unter anderem auch mit der Einrichtung eines Geländes für das Patentamt in Prag befassen. Weiter wird diese Sitzung des Ministerrates die Frage der Zugehörigkeit der administrativen Beamten in Karpathenland beschäftigen.

Ausland.

Verständigung zwischen Radics und Pafics?

Unter dem Titel: „Auf dem Wege zur Verständigung“ und mit der Unterzeichnung: „Radics, Präsident der kroatischen Volksvertretung“, hat die Kroatische Bauernpartei ein Manifest erscheinen lassen, das das kroatische Volk über den Stand der Verhandlungen mit den Radikalen informieren soll. Es wird erklärt, daß die Kroaten die Verständigung durch Verhandlungen mit der Radikalen Partei, als Hauptvertreterin der Serben, erreichen wollen. Bei der

Pasickpartei hätten sich vorerst nur wenige Führer zu der Ueberzeugung durchgerungen, daß es sich um keine kroatische Partei, sondern um eine kroatische Volksbewegung handelt. Das monarchistische Serbien mit dem republikanischen Kroatien, die zentralistische Vidvobanverfassung mit dem kroatischen Föderalismus und Staatenbundgedanken, sowie den amtlichen Herrschaftsmilitarismus mit dem Pazifismus der Bauern zu versöhnen, sei nicht leicht. Die Verständigung wäre, jezt wenigstens, unmöglich, wenn nicht befreundete Staaten für diesen Gedanken arbeiten würden. Es sei nichtsdestoweniger eine Tatsache, daß in der radikalen Partei mindestens fünfzig Abgeordnete für die Verständigung eintreten. Der Verband belage also, daß eine solche möglich sei. Aus dieser Mentalität sei das Protokoll vom 13. April hervorgegangen, dessen Abmachungen leider bisher unausgeführt geblieben seien. Radics habe aus diesem Grunde die Abgeordneten Kovacevics und Dr. Arnejvics zum Ministerpräsidenten gesandt, um nach der Bildung der homogenen radikalen Regierung sich über den Stand der Angelegenheit zu informieren. Die Unterredung habe am 12. Mai stattgefunden und ein sehr günstiges Ergebnis gehabt. Man habe den Eindruck gewonnen, daß Pafics wirklich daran gelegen sei, daß es zwischen den Kroaten und den Serben zu einem ehrenhaften und dauerhaften Einvernehmen komme, das für alle Zeiten Gewaltanwendungen ausschliesse. Auch der Präsident der radikalen Partei Juba Govanovics habe Erklärungen abgegeben, daß er unermüßlich ein Einvernehmen anstrebe. Man habe auch schon über die Fortsetzung der Einigungsverhandlungen gesprochen, bei denen auch die Frage der Verfassungsrevision besprochen werden soll, und das Datum der Neuwahlen festgesetzt, die wahrscheinlich im November stattfinden werden. Wie weit die optimistische Auffassung des Manifests dem Stand der Dinge entspricht, entzieht sich natürlich der Beurteilung. Ihre Richtigkeit vorausgesetzt, würde das Einvernehmen für die politische Klugheit der beiden Führer ein glänzendes Zeugnis ablegen.

Ein Streit um die Bagdadbahn.

Die Frage der Bagdadbahn, welche in der auswärtigen Politik vor dem Kriege eine große Rolle gespielt und den Gegensatz zwischen Deutschland und England verstärkt hat, wird wieder aktuell. Im Jahre 1888 erhielt die Deutsche Bank zu Berlin das Recht, die kleinasiatische Küstenbahn bis Angora zu führen und auf 99 Jahre in Pacht zu nehmen. Der Bahnbau erreichte 1892 Angora, 1896 Konia. Die Bahn sollte in Kadhima am persischen Meerbusen enden. Das wollten aber die Briten nicht zulassen und knapp vor Beginn des Weltkrieges, am 15. Jänner 1914, kam ein Abkommen über die Abgrenzung des wirtschaftlichen Einflusses Deutschlands und Englands in der asiatischen Türkei zustande, wonach die Deutschen endgültig verzichteten, die Bahn bis zum persischen Meerbusen zu führen. Am Frieden von Versailles kam die Bahn an die Alliierten und die Deutsche Bank lieferte die Aktien an die Reparationskommission aus. Auf der Londoner Orientkonferenz am 11. März 1921 schloß Frankreich mit der Türkei ein Abkommen, wonach es in die von Deutschland früher innegehabten Rechte eintrat. Dieses Abkommen wurde aber von der Nationalversammlung in Angora nicht ratifiziert. Vor einigen Tagen hat sich nun in Zürich ein englisch-schweizerisches Konsortium gebildet, um die anatolischen Bahnen wieder in Betrieb zu setzen. Gerücheweise verlautete auch, daß die Deutsche Bank an diesem Konsortium beteiligt sei. Die Franzosen sind nun über dieses Abkommen sehr beunruhigt und es wird in der nächsten Zeit eine Konferenz nach London einberufen, woran die französischen, italienischen, englischen und schweizerischen Interessenten der Bagdadbahn ein Kompromiß schließen sollen. Geshieht dies nicht, dann wird das Verhältnis zwischen Frankreich und England weiter verschärft werden.

London, 29. Mai. Einer Plättormeldung aus Konstantinopel zufolge wird aus Angora berichtet, daß die türkische Regierung Frankreich als Kompensation für das Schweizer Projekt eine Konzession für die Linie Brussa-Darbanelen mit dem Bau eines Dardanellenhafens angeboten habe.

Sogar in Jugoslawien Reduktion der Heeresauslagen. Aus Belgrad, den 29. Mai wird gemeldet: Die Regierung hat ein neues Gesetz über die Organisation der Armee vorbereitet, welches ehestens zur Durchberatung vorgelegt werden wird. Nach dem Entwurfe soll der bisherige zweijährige Militärdienst für alle Gattungen des Landheeres auf 18 Monate herabgesetzt werden und für die Marine von 3 auf 2 Jahre. Studierende und ältere Söhne von Familien, die im Kriege drei ihrer Mitglieder verloren haben, werden nur 9 Monate dienen. Die Reserveoffiziere werden bis zum Obersten befördert werden können. Der neue Entwurf bedeutet eine erhebliche Reduktion der Heeresauslagen.

Noch ein Opfer in Bochum. Aus Bochum 29. Mai meldet Wolff: Am Gussstahlbahnhof ist in den frühen Morgenstunden von einer kommunistischen Patronille, mit roten Armbinden versehen, ein Straßenpassant angehalten und ohne Wortwechsel erschossen worden. Der Erschossene ist ein Former aus Bochum.

Die Einigung der Jugend-internationale.

Am dritten Verhandlungstage trat die internationale sozialistische Jugendkonferenz in die Debatte über das Referat „Die proletarische Jugend und der Kampf gegen den Krieg“ ein. Davoral-Dorward wünschte, daß an Stelle der französischen und belgischen Militärdetachements im Ruhrgebiet die Detachements unserer französischen und belgischen Jugendgenossen sein möchten. Er hat Bedenken gegen die Erziehung zur Wehrhaftigkeit. Davoral-Schegolowatschewski versuchte den tschechischen Militarismus zu rechtfertigen und wird vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, nicht eine nationale Debatte herbeizuführen. Spang-Belgien meint, daß es nicht darauf ankomme, Ähnlichkeiten über den Kampf gegen den Militarismus aufzustellen, sondern unserer Jugend zu zeigen, wie sie zu kämpfen hat. Auch die belgische Jugend hat sich beim Kampf gegen den Militarismus und auch gegen die Ruhrbesetzung nicht nur mit Protestresolutionen begnügt, sondern den Kampf dagegen mit allen verfügbaren und möglichen Mitteln aufgenommen. Alle der neuen Internationale angeschlossenen Verbände müssen verpflichtet werden, gerade unsere Forderungen bezüglich des Militarismus durchzuführen. Ein Verband, der das nicht tut, hat in unseren Reihen keinen Platz. Bailant-Frankreich schließt sich den Ausführungen des belgischen Genossen vollständig an. Ahundadse-Georgien: Der Kampf gegen den östlichen Militarismus muß genau so geführt werden, wie der gegen den westlichen. Brauer-Deutschland: Wir müssen uns davor hüten, die These von der Notwendigkeit der Verteidigung des Vaterlandes ohne weiteres anzunehmen. Man kann im Augenblick des Ausbruches eines Krieges nicht ohne weiteres beurteilen, wer der Angreifer ist. Wir dürfen uns dabei nur von den Interessen des internationalen Proletariats leiten lassen. Wegener-Jugoslawien: Früher war Deutschland das militärischste Land, heute sind die Rollen vertauscht. Die deutsche Arbeiterklasse hat der Welt ein glänzendes Beispiel gegeben, wie man ohne Gewalt durch das Mittel der passiven Resistenz einem fremden Militarismus mit Erfolg entgegentritt. Thaller-Oesterreich wendet sich energisch gegen die Ausführungen Davorals und erklärt ferner, daß wir die Jugend nicht nur zur Idee des Völkerverlebens, zur Internationalität, zum Pazifismus erziehen dürfen, sondern nebenher muß auch, nicht in einem militärischen Sinne, die Jugend zur ständigen Kampfbereitschaft für ihre eigenen proletarischen Rechte erzogen werden.

Nach weiteren Ausführungen der Genossen Döll-Schweiz, Bailant-Frankreich und Voogd-Holland wurde die Debatte geschlossen und der internationale Sekretär, Genosse Olenhauer-Berlin hält das letzte Referat über die

„Schaffung einer sozialistischen Jugend-internationale“.

„Die neue Jugendinternationale betrachten wir als die Fortsetzung der 1907 in Stuttgart gegründeten Ersten Jugendinternationale. Es kommt uns darauf an, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterjugend zu heben, sie zu politischem Bewusstsein, zur Erfüllung der großen Aufgaben im Sinne des Sozialismus zu erziehen und besonders sie zum Kampf gegen den Militarismus und den Krieg reif zu machen, was wir als eine unserer wichtigsten Aufgaben betrachten. Die Jugendinternationale kann aber nur dann erfolgreich wirken, wenn sie innigsten Kontakt hält mit den Organisationen der erwachsenen Arbeiterklasse.“ Der Referent erläuterte dann die einzelnen Resolutionen und Statutenentwürfe, die dem Kongress in diesem Tagesordnungspunkt zur Beschlussfassung vorliegen. „Nur, wenn wir starke nationale Jugendverbände haben, sind wir wirklich in der Lage, im Sinne der Internationale zu wirken und ihre Beschlüsse zum Besten aller angeschlossenen Jugendverbände durchzuführen. Wir müssen den Ring der Jugendorganisationen immer mehr schließen und dahin streben, daß auch in den Ländern, wo heute noch keine Jugendorganisation besteht, die Jugend für unsere Ideen begeistert wird und sich eigene Organisationen schafft. Dann werden auch, wenn wir einmal dazu anrufen, unsere gemeinsamen Aktionen mit Erfolg begleitet sein. Wir müssen auch die Verpflichtung übernehmen, die Beschlüsse der Internationale zur Durchführung zu bringen und nötigenfalls die Unabhängigkeit des eigenen Verbandes der großen übergeordneten Organisation der Internationale unterzuordnen. Wenn wir heute die Internationale gründen, dann ist damit unsere Aufgabe noch nicht erledigt, dann beginnt erst die eigentliche Arbeit, dann müssen wir unsere Organisationen stark machen, damit wir zum Kampf für unsere Ideale gerüstet sind.“

Um 4 Uhr trat der Kongress zu einer neuen Sitzung zusammen. Inzwischen hatten die Kommissionen getagt und Stellung zu den vorgelegten Texten genommen. Die Referenten erläuterten den Bericht der Kommissionen zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung, worauf alle Beschlüsse einstimmig gebilligt wurden. Ebenso wird das Büro einstimmig gewählt, das zusammengefasst ist aus den Genossen Voogd-Holland, Olenhauer und Albrecht-Berlin, Thaller und Heinz-Wien, Paul-Deutschböhmen und de Gravo-Belgien. Neben den Sitz des Büros konnte in der Kommission keine Einigung erzielt werden. Das Einigungs-Komitee hatte vorgeschlagen, das Büro vorläufig in Berlin zu lassen. Kärman-Wien stellte jedoch den Antrag,

Die imperialistischen Friedensverträge.

Resolutionen des Hamburger Kongresses.

Der Hamburger Kongress hat zur Frage „Die imperialistischen Friedensverträge und die Aufgaben der Arbeiterklasse“ folgende Resolutionen angenommen:

Allgemeine Resolution.

Der Krieg des Imperialismus, geführt um die Herrschaft über die Reichtümer der Welt, hat mit der Zerstörung dieser Reichtümer geendet. Den furchtbaren Verwüstungen und Verheerungen des Krieges ist die

Krise der Weltwirtschaft,

eine Krise von unerhörter Dauer und Intensität gefolgt. Sie hat Millionen Arbeitskräfte stillgelegt, die Produktion und den Umfang des Welt-handels auf die Hälfte reduziert, das Massenelend aufs höchste gesteigert.

Die Friedensverträge haben die wirtschaftlichen Notwendigkeiten vernachlässigt und dadurch die Krise verlängert und verschärft, den Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft gehemmt. Sie haben über die besiegten Länder Unsicherheit und die ständige Bedrohung durch neue Gewalttaten verhängt, sie haben damit ihren Kredit zerstört, die Ordnung ihrer Staatsfinanzen und ihres Geldwesens aufs äußerste erschwert. Massenverelendung, in den besiegten Ländern durch unaufrichtig fortgeführte Entwertung des Geldes, in den Siegerländern und in den neutralen Ländern durch die Zerstörung des Weltmarktes, durch den Verlust der Absatzmärkte, durch Arbeitslosigkeit und Leidensdruck, gewalttätiger Übermut im Lager der Sieger und haßerfüllte Nachgedanken im Lager der Besiegten, friedensfeindlicher Rationalismus bei dem einen wie dem andern, das sind die Ergebnisse der imperialistisch-militärischen Phase des Kapitalismus.

Wahrester Protektionismus, der die einzelnen Volkswirtschaften gegen die Wirkungen des Zusammenbruchs zu schützen wähnt, basilliert auch wirtschaftlich das politisch zerfallene Europa und vergrößert dadurch die Katastrophe.

Die militaristischen Rüstungen nehmen die ungeheuerlichsten Ausdehnungen an. Die stehenden Heere sind größer denn je.

Der Wettbewerbs der großen Kolonialmächte um die Kohlen-, Öl- und Erzvorkommen der Welt ist zu einem sündigen Kampf geworden, dem die Existenz ganzer Völker geopfert wird und der immer neue Kriegsgefahren hervorruft. Die Befreiungskämpfe der erwachsenen, unterdrückten Völker werden vom Imperialismus zu seinen Bereicherungs- und Ausbeutungszwecken mißbraucht. So droht der Imperialismus der herrschenden Kapitalistenklassen, wenn die Kraft des internationalen Proletariats nicht ausreicht, ihnen in den Arm zu fallen, die Menschheit in neue Kriege zu stürzen, geführt mit den Waffen einer Zerstörungsschule, die sich täglich furchtbarer vervollkommen, können sie nicht anders enden als mit dem Ende aller menschlichen Zivilisation.

Diese Ergebnisse der imperialistischen Politik zeichnen der Arbeiterklasse ihre Aufgaben vor. Befreit von dem Druck des Journalismus, gestärkt durch die Ermutigungen der Resolutionen von 1918, die die mitteleuropäischen Kaiserreiche gestürzt und dem Proletariat Mittel- und Ost-Europas die Waffen der republikanischen Demokratie gegeben haben, gekräftigt durch die mächtige Entwicklung der Arbeiterorganisationen, vor allem durch den mächtigen Aufstieg der britischen Arbeiterpartei, stellt das Proletariat der imperialistischen Politik seine

Politik des Friedens, der Völkereinheit und des Sozialismus,

die allein endgültig den Weltfrieden sichern kann, entgegen.

Ein der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterklasse aller Länder ist es, die auswärtige Politik ihrer Regierungen zu überwachen, jeder Maßregel, die die Gegensätze zwischen den Völkern zu verschärfen und den Frieden zu gefährden droht, mit aller Kraft entgegenzutreten, gegen die Vergewaltigung fremder Völker ihr uneingeschränktes Selbstbestimm-

ungsrecht zu verteidigen und bei allen internationalen Konflikten ihre friedliche Lösung, ihre Austragung vor unparteiischen Schiedsgerichten zu fordern. Dieser Kampf, den das internationale Proletariat gegen alle imperialistische Politik zu führen hat, wird die größte Wirkung haben, wenn sich die Arbeiterklasse eines jeden Landes vor allem gegen die imperialistische Bourgeoisie des eigenen Landes mit allen ihr parlamentarisch und außerparlamentarisch zu Gebote stehenden Mitteln des proletarischen Klassenkampfes wendet und wenn dieser Kampf international immer mehr vereinheitlicht wird.

Die Arbeiterklasse muß die Wurzeln der gefährlichsten internationalen Konflikte ausrotten, indem sie die Vergewaltigung der nationalen und religiösen Minderheiten bekämpft und ihre Befriedigung durch Institutionen demokratischer Selbstverwaltung fordert, indem sie sich der Expansion der Kolonialreiche, der Ausbeutung der Kolonialvölker, der gewalttätigen Zerstörung ihrer Wirtschaftsformen widersetzt und Selbstregierung der Kolonialvölker oder, wo deren Voraussetzungen noch fehlen, planmäßige und beschleunigte Vorbereitung der Selbstregierung verlangt, indem sie den Protektionismus bekämpft und für die Herstellung des freien Güterausstromes und für die Freizügigkeit eintritt.

Einen dauernden Frieden kann die Arbeiterklasse nur sichern, wenn sie die

allgemeine Abrüstung

zu Land, Wasser und Luft erzwingt. Die einseitige Entwaffnung der besiegten Völker verstärkt die Gefahren imperialistischer Gewalttätigkeit, die allgemeine Abrüstung hebt diese Gefahren auf. Die Arbeiterklasse muß in jedem Lande einen ständigen Druck auf die Regierung üben, um sie zu zwingen, den anderen Ländern die allgemeine Abrüstung vorzuschlagen.

Die Arbeiterklasse muß alle militaristischen Bündnisse bekämpfen, die jeden lokalen Konflikt zu einem allgemeinen Zusammenstoß erweitern; alle Geheimverträge ablehnen, die Gut und Blut der Völker für ihnen unbekanntem Zwecke aufs Spiel setzen.

Der Völkerbund droht entweder vollständig der Bedeutungslosigkeit zu verfallen oder zu einem Instrument der Reaktion und des Imperialismus zu entarten; es ist die Pflicht der Arbeiterklasse, diese verhängnisvolle Entwicklung zu bekämpfen und die Macht in jedem Lande zu bewahren, um durchzusetzen, daß der Völkerbund durch Aufnahme aller Nationen in den Bund, durch Demokratisierung seiner Organisation und durch ausschlaggebende Kontrolle der Arbeiterklasse jedes Landes über die Tätigkeit der Delegierten dieses Landes im Bunde so umgestaltet werde, daß er zu einem wirksamen Instrument wird, den Frieden und das Recht der Völker zu schützen und die bestehenden internationalen Verträge zu revidieren.

Indem die neu entstandene sozialistische Arbeiterinternationale die Kräfte der Arbeiterparteien aller Länder von neuem zusammenfaßt, stellt sie sich den Kampf gegen den zum Krieg treibenden Kapitalismus als ihre höchste Aufgabe. Sie stellt sich auf den Boden der Resolution des Haager Weltfriedenskongresses (1922) über „Die Aufgabe der Arbeiterklasse“ und erkennt die Notwendigkeit an zur vollständigen Klärung des Verhaltens der proletarischen Parteien während eines Krieges zu gelangen. Das Studium dieser Fragen wird Pflicht der Internationale sein. Die Internationale fordert die Arbeitermassen aller Länder auf, den verderblichen Spaltungen ein Ende zu machen und all ihre Kräfte zum einheitlichen und geschlossenen Kampf gegen den Imperialismus zu vereinigen.

Erstes Erfordernis dieses Kampfes ist es, daß die Arbeiterparteien aller Länder jede Unterstützung eines imperialistischen Krieges ablehnen und daß ihre parlamentarischen Vertreter die Zustimmung zu den imperialistischen Zwecken dienenden Militär- und Kriegskrediten verweigern.

Resolution zur Reparationsfrage.

Indem der Kongress den Anspruch der zerstörten Gebiete auf Wiedergutmachung bestätigt und den einstimmigen Protest gegen die militärische Besetzung des Ruhrgebietes erneuert, erklärt er:

Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete

bleibt eine der wesentlichsten Bedingungen für die materielle und moralische Befriedigung Europas, und es ist unbestritten, daß die Lasten dieses Wiederaufbaues von Deutschland getragen werden müssen, da der Wiederaufbau für Deutschland eine moralische Pflicht darstellt, die im übrigen von den deutschen gewerkschaftlichen und sozialistischen Organisationen in Amsterdam (April 1921) und in Frankfurt (Februar 1922) freiwillig verkündet worden ist. Diese Organisationen haben sich verpflichtet, mit aller Energie und mit allen Mitteln daran mitzuarbeiten.

Aber die tatsächliche Durchführung der Reparationen ist in erster Linie begrenzt durch die wirtschaftlichen Möglichkeiten. Die Frankfurter Konferenz hatte bereits festgestellt, daß in dieser Beziehung alle Annahmen der Verfasser des Versailler Vertrages, insbesondere was die Entwicklung der Exportkraft Deutschlands und die Stabilität seiner Währung anbelangt, durch die Ereignisse über den Haufen geworfen waren. Der

Zustand hat sich seitdem von Tag zu Tag verschärft, um schließlich in der gegenwärtigen wahrhaft katastrophalen Situation zu enden.

Andererseits kann das Werk der Reparationen praktisch nur durchgeführt werden, wenn ein vollständiges und aufrichtiges Aberräumen zwischen Deutschland und seinen Gläubigern erfolgt und wenn zugleich der

Verzicht auf die Methoden der Gewalt

und Gebietsbesetzungen die Wiederherstellung normaler und vertrauensvoller Beziehungen unter allen Nationen ermöglicht und der Welt die Gewißheit einer langen Periode der Ruhe und des Friedens bringt.

Schließlich muß die deutsche Reparationsverpflichtung beschränkt werden auf die wirklichen materiellen Schäden unter Zurechnung der Zahlungen für Militärpensionen.

Pflicht der Internationale ist es, darauf, auf dem Wege über die am unmittelbarsten interessierten Parteien mit Nachdruck auf die alliierten Regierungen, und ganz besonders auf die französische und belgische Regierung einzuwirken, damit endlich die auf Vernunft, Verständigung, internationaler Zusammenarbeit beruhenden Lösungen über die nebelhaften Illusionen triumphieren, und die Vorstellung muß verschwinden, als könnten Zwang und Gewalt deren unmögliche Erfüllung erzwingen. Ebenso muß ein energischer Druck auf die deutsche Kapitalistenklasse und die deutsche Regierung ausgeübt werden, da jene durch ihren egoistischen Widerstand, diese infolge ihrer Schwäche bis jetzt in hohem Maße zur Verhinderung der finanziellen und währungspolitischen Wiederherstellung Deutschlands beigetragen haben, von der letzten Endes jede Reparationspolitik wie auch eine bessere Existenzmöglichkeit und eine angemessenere Entlohnung der Arbeiterklasse Deutschlands abhängt.

Die positiven Lösungen des Problems müssen getragen sein von dem Geist der Frankfurter Beschlüsse, die der Kongress sich in allen Teilen zu eigen macht und die ohne Änderung ihrer Grundsätze leicht den Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Stunde angepaßt werden können.

Deshalb fordert der Kongress:

1. Die endgültige Festsetzung der von Deutschland noch geschuldeten Summe auf einen Betrag, der in keinem Gegenwert den wirklichen Betrag der materiellen Reparationen darstellt.
2. Die Feststellung eines Zahlungsplanes, der mit Hilfe internationaler Kreditoperationen sobald wie möglich den Gläubigermächten die zur Reparation notwendigen Summen zur Verfügung stellt.
3. Den Abschluß von Nebenabkommen zwischen den alliierten Regierungen, die es ermöglichen, für die eigentlichen Reparationen die Gesamtschulden der erwähnten Zahlungen zu verwenden. Das steht leitend der alliierten Mächte und der Vereinten Staaten von Amerika voran:
 - a) Verzicht auf ihre Forderungen an Deutschland, soweit sie Militärpensionen betreffen;
 - b) allgemeine Annahmestimmungen ihrer gegenseitigen Forderungen und Schulden.

Die jüngsten Vorschläge der deutschen Regierung und die Antworten Frankreichs und Belgiens einerseits, Englands und Italiens andererseits, müssen Anlaß zur Eröffnung von Verhandlungen bilden, die zu einem Übereinkommen führen. Der Kongress brandmarkt vor der Arbeiterklasse von vornherein jede Regierung, deren Halsstarrigkeit die Einleitung von Verhandlungen vereiteln würde.

Während aber die ganze Welt eine Lösung des Reparationsproblems sehnsüchtig erwartet, hat diese Frage im Herzen des industriellen Europas eine Krise von außerordentlichem Charakter hervorgerufen, die auf dem wirtschaftlichen Leben der ganzen Welt lastet und den Frieden in seinen Grundfesten bedroht.

Der Kongress wendet sich einmütig mit der nachdrücklichsten Energie

gegen die militärische Besetzung des Ruhrgebietes.

Es ist unabwehrlich, daß die Ruhrbesetzung die Reparationen sichern könnte. Sie schwächt im Gegenteil von Tag zu Tag mehr die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Die notwendigen Reparationen und Kreditoperationen können nur durchgeführt werden durch Arbeit und Vertrauen, das heißt, in Eintracht und Frieden.

Es ist unabwehrlich, daß die Ruhrbesetzung die Sicherheit Frankreichs und Belgiens gewährleisten könnte. Im Gegenteil beleiht sie, wie jede militärische Besetzung, den Geist des Hasses und beschwört die Gefahr neuer Konflikte herauf.

Sie verlängert den Gegensatz zwischen den Nationen, deren Zusammenarbeit die wesentlichste Bedingung für die Wiederherstellung Europas ist. Allein durch die Tatsache, daß sie das Nationalgefühl verlegt und beinträchtigt, stärkt sie in Deutschland wie anderwärts die Parteien, die planmäßig das Nationalgefühl zugunsten der militaristischen und monarchistischen Reaktion mißbrauchen. Sie bringt die deutsche Republik in Gefahr, deren Sturz unweigerlich Europa in neue Erschütterungen und in neue Kriege verwickeln würde.

Der Kongress erklärt, daß die Besetzung des Ruhrgebietes das höchste Recht der Völker verletzt, das Recht, im Frieden zu leben und zu arbeiten, geschützt vor jeder fremden Vergewaltigung. Kein Vertrag kann diesen unbegrenzten Mißbrauch der Gewalt zugunsten des Siegers rechtfertigen. Der Kongress wendet sich gegen jede Maßregel, die in

offener oder verdeckter Form auf eine Annexion des deutschen Gebietes oder auf eine Zerstörung der deutschen Einheit hinauslaufen würde.

Der Kongress protestiert gegen die blutige Gewalttätigkeit, der Armenien durch die Türkei und durch Russland unterworfen worden ist, und fordert für das armenische Volk das Recht der Selbstbestimmung.

Resolution zur Ostpolitik.

Der Kongress bestätigt die Beschlüsse der Zweite Internationale und der Wiener Arbeitergemeinschaft über die georgische Frage und fordert die Räumung Georgiens durch die Sowjettruppen und die Wiederherstellung der Souveränität des georgischen Volkes.

Der Kongress protestiert gegen die blutige Gewalttätigkeit, der Armenien durch die Türkei und durch Russland unterworfen worden ist, und fordert für das armenische Volk das Recht der Selbstbestimmung.

Der Kongress lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeitermassen darauf, daß nicht nur im Westen, sondern auch im Osten das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen getreten wird.

Im Raum der von Russland losgetrennten Völker von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, auf der Balkanhalbinsel und in Mittelamerika sind manche der neuen Staatsgrenzen nicht nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gezogen, sondern durch die Gewalt diktiert worden.

Die Entschliessungen der Internationalen Frauenkonferenz.

In der Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz in Hamburg wurde folgende Entschliessung zur Frage des Wahlrechts angenommen:

Die wirtschaftliche Krise, von der gegenwärtig alle Kulturstaaten betroffen sind, mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend aller arbeitenden Klassen, verbunden mit einem raschen Ansteigen der Frauenerwerbsarbeit, bedarf der vollen Kraft der organisierten manuellen und geistigen Arbeiterkraft beiderlei Geschlechtes.

Die Frauen können aber den ihnen zufallenden Teil der Aufgabe nicht erfüllen, solange ihnen die Waage des aktiven und passiven Wahlrechtes fehlt. Darum muß es die sozialdemokratische Partei eines jeden Landes, in welchem die Frauen noch politisch rechtlos sind, als ihre dringende Verpflichtung anerkennen, nachdrücklich in den Kampf um die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frauen einzutreten.

Eine Entschliessung „Mutter- und Kinderchutz“ wurde ebenfalls einstimmig angenommen:

Die Konferenz sieht einmütig auf dem Standpunkt, daß nach dem entsetzlichen Verlust an Menschenleben und Gesundheit der letzten zehn Jahre eine der wichtigsten Fragen der Aufbau einer gesunden Generation in der ganzen Welt ist. Aus diesem Grund fordert die Konferenz die Genossinnen aller Länder auf, mit aller Energie für die Erfüllung der folgenden Grundsätze durch die Gesetzgebung der einzelnen Länder einzutreten:

- 1. Die Schaffung von Arbeitsverhältnissen für die Frauen, die die Geburt gesunder Kinder sicherstellen.
2. Unterstützung der Schwangeren und der Mütter sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Entbindung.
3. Bereitstellung einer unentgeltlichen ärztlichen und Hebammenbehandlung sowie freier Pflege im Krankenhaus oder im Hause im Falle der Entbindung.
4. Sicherung von körperlich und moralisch gesunden Lebensbedingungen für die Kinder durch öffentlich organisierte Hilfe, d. h. Pensionen für Waisen, Halbwaisen, Kinder alleinziehender Frauen oder Invaliden, Kinderversicherung, gesetzlich festgelegte Kinderzuschüsse oder andere Formen der materiellen Unterstützung.
5. Unentgeltliche ärztliche Kontrolle und Hilfe der Mütter, des Kleinkindes wie des Schulkindes sowie Errichtung von Krippen, Kinderheimen, Erholungsheimen und Heimen für gebrechliche Kinder.
6. Vollkommene gesetzliche Gleichberechtigung des unehelichen Kindes mit dem ehelichen.
7. Verbot der Kinderarbeit mindestens bis zum 14. Lebensjahre und Schutz der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie Gewährleistung der geistigen Fortbildung der Jugend.
Als Stufe auf dem Wege der Verwirklichung der obigen Forderungen betrachtet die Konferenz die Washingtoner Beschlüsse, und sie fordert deshalb die Genossen und Genossinnen in den gesetz-

gebenden Körperschaften auf, für die Erfüllung dieser Beschlüsse in ihrem Lande zu wirken.

Auch folgende Resolution über die Erziehung zur Friedensgesinnung fand einstimmige Annahme:

Die Konferenz ruft die Frauen der ganzen Welt auf, durch ihre Mitarbeit die sozialistische Umgestaltung der Welt und die Befestigung des Friedens zu fördern.

Durch die begeisterte Schilderung kriegerischer Handlungen in der Vergangenheit, durch die Vermählung der eigenen Herrscher und die Hebertreibungen solcher menschlicher Erfindungen früherer Waffenerfolge suchte bisher die Schule systematisch zu verhindern, daß in den Herzen der Kinder und der Jugend die Friedensliebe und menschliche Solidarität groß gezogen werden konnte. Sie war bestrebt, ihnen nationale Selbstüberhebung und Haß gegen andere Völker einzupflanzen.

Unsere Kinder sollen als erwachsene Menschen die Anwendung der rohen Gewalt aus Ver-

schieden ablehnen, aus der klaren Erkenntnis, daß ein Aufstieg der Völker und der gesamten Menschheit nur in friedlicher Entwicklung möglich ist. Bei dem großen bestimmenden Einfluß in ihren Familien und auf die Erziehungssysteme der Kinder durch die ermutigende Mitarbeit in den Jugendorganisationen können die Arbeiterfrauen die Jugend vor den Gefahren des Krieges bewahren helfen. Geführt von dieser Erkenntnis begründet die Konferenz die Vorschläge des Internationalen Arbeiterinnenbundes auf dem Kongress im Haag 1922, eine Allianz der Frauen, Jugendlichen und Lehrer, um dieses Ziel zu erreichen, zu gründen, um die Arbeiterfrauen zur gemeinsamen Arbeit mit den Gewerkschaften, sozialistischen Parteien und den Genossenschaften in eine Einheitsfront zusammenzuführen, um gegen die Schrecken des Krieges und für Völkerverständigung und Völkerverbrüderung, für Freiheit und Gerechtigkeit auf Erden zu kämpfen.

Für die Abhaltung eines bestimmten Frauentages hatten die holländischen Genossinnen einen Antrag eingebracht. Eine Kommission, die darüber beraten hat, schlägt vor, von einem allgemeinen Frauentag abzusehen und es jedem Lande zu überlassen, an einem bestimmten Tage für gewisse Forderungen zu demonstrieren. Einen bestimmten Tag dafür festzusetzen, erschien nicht ratsam.

Die Sozialversicherung und die Arbeiter

III.

Die Vorlage hebt die Selbstverwaltung der Bezirkssozialversicherungsstellen nahezu auf. § 65 besagt wörtlich:

„Der Direktor der Bezirkssozialversicherungsstelle, den Kassier und den Hauptbuchhalter bestimmt und nimmt in Eid die Zentralsozialversicherungsstelle, deren Disziplinargewalt diese Angestellten unterliegen.“

§ 69 setzt fest: „Hält der Direktor dafür, daß die Beschlüsse der Generalversammlung oder des Vorstandes im Widerspruch mit den geltenden Vorschriften stehen, ist er berechtigt und verpflichtet, diese Beschlüsse zur Entscheidung der Zentralversicherungsstelle zu unterbreiten und die Durchführung der Beschlüsse bis zum Eintreffen dieser Entscheidung zurückzubehalten.“

Das ist offene Aufhebung der Selbstverwaltung.

Es ist eine arge Zumutung, die hier an freigelegte Vertreter der Interessenten gestellt wird. Die gesamten Vorstandsmitglieder, ja die ganze Delegiertenversammlung wird dem Willen eines Beamten unterordnet. Einzelnen Mitgliedern der Kommission war es wenigstens sehr wohl bekannt, daß die Selbstverwaltung in den Krankenkassen seit dem Jahre 1888 Gewaltiges geleistet hat, ihr ist der Fortschritt in der Krankenversicherung überhaupt zu danken, sie hat gegen die Bürokratie des alten Oesterreich einen unerbittlich schweren Kampf geführt, sie hat bewirkt, daß das vielfach unbrauchbare Gesetz im modernen Sinne angewendet und ausgelegt wurde, sie hat vielfach durch die Ausgestaltung der Leistungen und durch die Errichtung von Institutionen die gesetzlichen Bestimmungen weit überholt. Die Novelle vom Jahre 1917 und zum Teile auch jene vom Jahre 1919 war vielfach lediglich eine gesetzliche Festlegung der bereits bestehenden Zustände. Die Aufhebung der Selbstverwaltung bedeutet eine Verknöcherung und Bürokratisierung der Sozialversicherung. Die in der staatlichen Verwaltung üblichen Methoden bedeuten, auf die Sozialversicherung übertragen, die allergrößte Gefahr. Das, was in den Krankenkassen geschaffen wurde, ist durch die freigelegten Mandatäre im Verein mit den Angestellten der Kassa geschaffen worden. In diese eingelebte Institution einen Keil zu treiben, heißt der Sozialversicherung den Krankheitskeim einzupflanzen. Das alte Oesterreich hat im Jahre 1911 die Krankenkassen ausschalten wollen und an ihrer Stelle Bezirksstellen zu errichten beabsichtigt. Für diese Bezirksstellen war die Tragung des größten Teiles des Aufwandes vom Staate vorgesehen. In der Tschechoslowakei wandelt man nun die bestehenden Bezirkskrankenkassen in Bezirksstellen um und hat gegenüber der im alten Oesterreich bestandenen Absicht den Vorteil, daß man keinen Verwaltungskostenaufwand zu decken hat.

Die Bestellung der leitenden Beamten der Bezirkssozialversicherungsstellen durch die zentrale Sozialversicherungsanstalt und die Aussetzung des Direktors mit außerordentlicher Nachvollkommenschaft und dadurch die Ausschaltung der Selbstverwaltung, glaubt man den nationalen Minderheiten durch den letzten Absatz des § 65 genießbarer zu gestalten. Dieser Absatz lautet:

„Die zentrale Sozialversicherungsanstalt ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß unter diesen Beamten das nationale Verhältnis annähernd den nationalen Verhältnissen der Versicherten gleichkommt.“

Wir sind davon überzeugt, daß dem Verfasser der Vorlage vorgeschwebt hat, daß durch diese Bestimmung vorgebeugt wird, daß in anderen nationalen Gegenden tschechische Beamte bestimmt werden. In Wirklichkeit ist aber die Sache so, daß diese Bestimmung nicht nur eine schwere nationale, sondern auch eine besonders schwere soziale Gefahr bedeutet. Wir wissen, wes-

sen unsere Bürokraten fähig sind. Wir haben uns unzähligmal zu überzeugen Gelegenheit gehabt, daß unserer Bürokratie Befehle der Minister, ja selbst Gesetze nichts bedeuten, wenn sie ihren politischen Anschauungen zuwiderlaufen. Wir können uns also schon vorstellen, wie das Wortchen „annähernd“ von den Bürokraten benützt werden wird, um frei nach ihrem Ermessen vorzugehen. Ebenso sicher ist, daß sie die von uns bereits zitierte Bestimmung des § 64 zu einer ihnen geeignet erscheinenden Zeit nicht nur dazu bemühen werden, um nationale Vorzüge zu machen, sondern auch dazu, um einer von Sozialisten geleiteten Anstalt bürgerlich orientierte leitende Beamte einzusetzen.

Der Vorstand der Zentralsozialversicherungsanstalt soll nach der Vorlage aus einem Vorsitzenden und 40 Mitgliedern zusammengesetzt werden, von welsch letzteren 20 der Gruppe der Versicherten, 12 der Gruppe der Arbeitgeber und 8 der Gruppe der Nachkute angehören sollen. Es ist also mit einer gekündeten Abschwächung die von den Unternehmern im alten Oesterreich angelegte und von der Arbeiterchaft immer abgewehrte Parität in der Verwaltung erzielt. Der Präsident der Zentralversicherungsstelle wird durch den Minister für soziale Fürsorge ernannt, ein Vorsitzenderstellvertreter ist der Gruppe der Arbeitnehmer, der andere der Gruppe der Arbeitgeber zu entnehmen. Daß da nicht auf die Vertretung der Minoritäten Bedacht genommen ist, bedarf keiner Begründung.

Die Verbände der Krankenkassen, die seit dem Jahre 1917 obligatorisch eingeführt sind und die sich insbesondere nach dem Unsturz so überaus glänzend bewährt haben, da ohne deren Mitwirkung die angelegte Reform überhaupt nicht hätte durchgeführt werden können, sollen nun gemäß § 276 der Vorlage aufgelöst werden. Im § 93 wird wohl der freiwillige Anschluß an Kassenverbände zugelassen, sie sind aber in der ganzen Vorlage ein Fremdkörper, denen kein wie immer gearteter Wirkungspreis zugewiesen erscheint. Wir werden uns mit dieser Frage noch eingehend zu beschäftigen haben, für heute sei nur festgesetzt, daß die Ausschaltung der Kassenverbände ein schwerer Nachteil für die künftige Entwicklung der Sozialversicherung bedeutet.

Aber auch in materieller Beziehung

vermag die Vorlage nicht zu befriedigen. Eine Witwenrente wird in Wirklichkeit nicht gewährt. Auf eine Rente können nur Witwen Anspruch erheben, die entweder im Zeitpunkt des Todesfalltes invalide waren oder später invalide geworden sind. Als invalide wird eine Witwe angesehen, die nicht einmal ein Drittel dessen zu verdienen vermag, was eine körperlich und geistig gesunde Frau derselben Gattung und mit derselben Ausbildung in demselben Bereiche gewöhnlich verdient. Man kann also wohl davon sprechen, daß der Witwenrente nur ein ganz geringer Bruchteil der Witwen tatsächlich teilhaftig werden wird.

Nach den mehrfach besprochenen Zeitfähen für den Ausbau der Sozialversicherung im alten Oesterreich vom Juni 1918 war für Versicherungsleistungen folgender Grundfah aufgestellt: Grundbetrag das Fünffache des durchschnittlich jährlich geleisteten Versicherungsbeitrages, vermehrt um 100 Kronen, Gleicherungsbeitrag ein Fünftel der Summe aller geleisteten Beiträge. Wenn wir nun diesen Grundfah auch in der gegenwärtigen Vorlage zur Anwendung bringen, so bedeutet das, daß in der ersten Lohnklasse die Grundrente mit 1244 Kronen, in der zweiten mit 1660 Kronen, in der dritten mit 2180 Kronen und in der vierten Lohnklasse mit 2700 Kronen angesetzt werden müßte. Tatsächlich beträgt die Grundrente nach der Vorlage einheitlich in allen vier Lohnklassen 600 Kronen.

In der Befähigung Vorlage waren für die Alters- und Invaliditätsversicherung sechs Lohnklassen vorgesehen, in der gegenwärtigen Vorlage

werden nur vier Lohnklassen in Aussicht genommen. Auch damit werden wir uns zu beschäftigen haben, ob diese Maßnahme zweckmäßig ist oder nicht.

Schließlich sei noch darauf verwiesen, daß auch die Frage der

Arbeitslosenversicherung

im Rahmen der allgemeinen Sozialversicherung nicht gelöst erscheint. Auch dieses Moment war, wenn auch für eine spätere Zeit, in den mehrfach erwähnten Zeitfähen vorgesehen. Wir treten in der Vorlage dem Problem nicht näher, obwohl wir wissen, daß das Genter System bereits überlebt ist und daß nur im Rahmen der Sozialversicherung eine den gegenwärtigen Anforderungen halbwegs entsprechende Versicherung der Arbeitslosen vorgesehen werden könne.

Trotz all dieser schweren Mängel, die der Vorlage anhaften, wollen wir uns bemühen, gemeinsam mit allen sozialistischen Parteien eine

Verbesserung der Vorlage

im Interesse der Versicherten zu erzielen. Wir wollen hoffen, daß die tschechischen sozialistischen Parteien alles daran setzen werden, damit die Möglichkeit einer ersten parlamentarischen Verhandlung in den Ausschüssen und im Parlamente ermöglicht wird und der ganze Einfluß der arbeitenden Klassen durch ihre Vertreter voll und unverfälscht zur Geltung komme.

(Schluß.)

Telegramme.

Der hierale Feldzug gegen das Wiener Krematorium.

Wien, 29. Mai. (Eigenbericht.) Der christlich-soziale Minister für soziale Verwaltung hat heute an den Bürgermeister der Stadt Wien, als Landeshauptmann, Genossen Keumann, ein Schreiben gerichtet, in dem er ihm aufgrund des Verfassungsgesetzes die Weisung erteilt, den Betrieb des Wiener Krematoriums zu verbieten und über die zur Verhinderung des weiteren Betriebes getroffenen Maßnahmen binnen zwei Tagen einen Bericht zu erstatten. Der Minister beruft sich dabei auf die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes vom 27. März und erklärt ausdrücklich, daß eine Berufung gegen diese keine Weisung keine aufschiebende Wirkung haben würde.

Gegenüber dieser Weisung hat nämlich der Bürgermeister nicht das Recht des Widerstandes, aber — Gott sei Dank — ist der Wiener Gemeinderat an dieses Gebot nicht gebunden. Der Minister kann wohl dem Bürgermeister Befehle geben, aber die Entscheidung darüber, was zu geschehen hat, liegt noch beim Gemeinderat. Es wird also der christlichsoziale Minister, der offenbar an seiner ersten Blamage nicht genug hat, sich ein zweites mal blamieren, und es kann schon jetzt angeht werden, noch bevor der Wiener Gemeinderat entscheidet, daß der Betrieb des Wiener Krematoriums so verhalten Krematoriums seinen Tag in Frage gestellt sein wird.

Entschlossene Außenpolitik Curzons.

London, 29. Mai. Bei der gestrigen Zusammenkunft der konservativen Partei im Hotel Cecil trat Lord Curzon für eine vereinte, entschlossene und starke konservative Partei ein. Die Konservativen müßten sich zur Unterstützung eines konservativen Premierministers und einer konservativen Politik zusammenscharen. Die Opposition im Unterhaus sei entschlossen, aber uneinig. Mit der Zeit jedoch würden die Unterschiede in der Opposition sich abschwächen. Es seien bereits Anzeichen eines Flirts zwischen den Liberalen und der Arbeiterpartei vorhanden, die sich wahrscheinlich zu zärllicheren Gefühlen entwickeln werden. Zur auswärtigen Lage erklärte Lord Curzon, eine neue Schlichtung müsse für eine neue Welt geschlagen werden. Wenn Großbritannien seine Rolle spielen soll, so müsse die Regierung Achtung einflößen. Der ganzen Welt müsse gezeigt werden, daß eine gesunde konservative Regierung vorhanden sei.

Wahlerfolge der reichsdeutschen Sozialdemokraten.

Berlin, 29. Mai. Sonntag fanden in 13 Gemeinden des Preussischen Landes Gemeindeauswahln unter lebhafter Beteiligung statt. In acht Gemeinden erzielten die Sozialdemokraten eine Stimmenmehrheit und auch in den meisten übrigen gewannen sie Stimmen, während die bürgerlichen Parteien teilweise ansehnliche Verluste erlitten.

Demission Biludstis.

Warschau, 29. Mai. Blättermeldungen zufolge hat der bisherige Chef des Generalstabes Marschall Biludstis dem Staatspräsidenten mitgeteilt, daß er dem Kriegsminister seine Demission überreichen werde.

Transportarbeiterstreik in Spanien.

Barcelona, 28. Mai. (Savas.) Der Streik der Transportarbeiter dauert unverändert weiter an. Die Streikenden haben den Beschluß gefaßt, im Streike zu verharrten. Eine Gruppe von Unbekannten drang während eines Fußballwettpieles auf den Fußballplatz ein und gab gegen Arbeiter, die zur Bürgergarde gehörten und gegen die Ordre des Streikausschusses gearbeitet hatten, Schüsse ab. Zwei Personen wurden getötet, fünf darunter zwei Frauen, verletzt.

Die Kuh G. m. b. H.

Von Richard Suldschiner.

Die Kuh ist nur dann ein geschätztes Mitglied der menschlichen Gesellschaft, wenn ihre Milchproduktion bürgerlichen Erwartungen entspricht. Denn ist sie einmal in die himmlischen Weidgründe hinübergegangen, so pflegen ihre irdischen Ueberreste der für Filets erwünschten Zartheit zu ertrinken. Und die Kuhhaut selbst ist, wie wir von einem geschägten Fachmann erfahren, ein Leder von nur bescheidener Güte. Es darf hier nicht verschwiegen werden, daß man, spricht man mit einem Lederfabrikanten über dieser Angelegenheiten, die Bezeichnung Kuhle II, die ich gewählt hatte, besser vermeidet, wenn man sich nicht wohlverdienter Verachtung aussetzen will. Das Kalb hat ein Fell, die Kuh immermehr. Kuhhaut, Herr! Um Gotteswillen, Kuhhaut!

... Mein Freund Girnigl hat viele Kinder, mein Freund Bauhuber dagegen ist Junggeselle mit eigener Wirtschaft und starkem Bedarf an Mehlspeisen. Sie beschloßen daher, gemeinsam eine Kuh zu kaufen und gingen zu diesem Zweck auf den Viehmarkt. Nachdem sie dort eine Zeitlang den Bauern zugehört hatten, wie diese es machten, wenn sie in eine auf Erwerb des Rindviehs abzielende Verhandlung eingetreten waren, begannen sie um eine große, braunweiße Meerkuh zu kreisen, sahen ihr in den Rücken, auf die Zähne, auf Euter und Beine und klopfen ihr mit Stock und Hand auf die Flanken. Man mußte ihr auch den Schwanz aufheben und dort hin schauen, meinte Bauhuber; aber grad als Girnigl es tun wollte, — er hatte schon im Krieg immer seine Schneid erwiehen — tat es die Kuh von selbst und ließ etwas Mächtiges fallen; der Patronenleur konnte grad noch zur rechten Zeit beiseite springen.

„Davon verstehen wir nichts“, sagte er münchlich. Und er schlug vor, den Metzgermeister Ranfil mit dem Auftrag des Kuhlaufes zu betrauen. Dann gingen sie ins Stadtkasé sich erholen.

Am nächsten Markttag, als Girnigl des Abends nach seinem Weingut ging, stand ihm eine Kuh im Stall, die Ranfil verabredungsgemäß gekauft und vor einer Stunde abgeliefert hatte. Sie war groß, grauschwarz, hatte vor einem Monat gefalbt und kostete Geld. Sie gab elf Liter Milch garantiert. Und gab sie das nicht, so verschwor sich Ranfil bei allen Heiligen, sie sofort wieder zurückzunehmen.

Die Frau des Baumanns sah gerade liebevoll auf dem Melkstuhl, als Girnigl in den Stall trat.

Bauhuber kam noch am selben Abend, um das Phänomen zu sehen. Er äußerte sich sachmännlich und klopfte der Kuh und der Baumännin auf den Rücken: Die Kuh mag das mit völliger Indifferenz hin, die Baumännin ließ etwas von „Lohn, danischer!“ verkaufen.

Am nächsten Tage gab die Kuh nur acht Liter, am übernächsten sechs. „Sie wird sich erst in den neuen Stall gewöhnen müssen“, meinte Girnigl.

„Und an die Luftveränderung“, feste Bauhuber hinzu. „Wenn man so vom Berg in die Stadt übersteigt, nicht wahr...“

Der Baumann machte sich durch Skeptizismus unbeliebt (schon im Krieg war er Plannmacher gewesen). Er sagte: Der Bauer wird sie am Markttag nicht ganz ausgemolken haben, damit sie am Anfang mehrer bergibt... Da Tanz kennt man schon.“

Die Baumännin gab ihre Zustimmung zu erkennen und bohrte in der Nase, was Bauhubers warme Gefühle für ihre, der Baumännin, wohlbestallte Leiblichkeit um einen Grad herabstimmte. Aber kein Zweifel rührte an der Kuh Ergiebigkeit. Ranfil hatte garantiert. Eher fürzte der Himmel ein, als daß diese Kuh nicht... wozu sie sich verpflichtet hatte.

Girnigls Kinder kamen in den Stall und benetzten mit Laub den sieben vollen Becher. Aber

der gab nur mehr fünf Liter. Ranfil wurde konfultiert. Er sagte: „Holla!“ und schwor Stein und Bein, daß man Geduld haben müsse. Die Kuh war vom Walcher-Markt in Abersfeld. Weit und breit war der Stall des Walcher-Markt der beste. Es war dies das teuerste Rindvieh, das er, der Ranfil, je erhandelt hatte, abgeben natürlich von seinem Schwiegerjohn, der ihn noch teurer zu stehen kam.

Man hatte Geduld mit der Undankbaren, Pflichtvergessenen, obchon Bauhuber jammerte, seine Wirtschaftlerin wisse nicht mehr aus noch ein, wenn sie Viehieln, Rahmstrudel oder sonst was Gutes machen sollte; in mer könne man Schweinswürstl, Gansl-Braten, gebadenes Kalbsfleisch, Forellen und Schweinsgrind zu sich nehmen.

Die Kuh bekam dertweil ein Herrneffen: ein Trankl aus Wasser, Kartoffeln und Weizenkleie und das schönste Almben vom Ritterhorz. Aber sie gab nur viereinhalb Liter Milch und nicht um's Verreden mehr. Schließlich beschaffte man noch Kochmehl. „Rehrmehl!“ sagte man, wenn ein von der trüben Wirtschaftslage mit Sorge erfüllter Freund bei abendlichen Besuchen so viel Aufwand für das liebe Vieh tadeln zu müssen vermeinte. „Rehrmehl!“ Für die menschliche Ernährung doch nicht mehr zu verwenden!

Die Kuh ließ sich nicht irre machen und gab viereinhalb Liter. Die Baumännin sah zwischen ihren Beinen und moß. Girnigl und Bauhuber standen düster dabei und debattierten.

Man befragte neue Sachverständige. Metzgermeister Ranfil tröstete und versich rosiges Zukunft. „Derrlichen Zeiten will ich euch entgegenführen!“ Aber bei viereinhalb Liter blieb es.

Die Fanny im Stadtkasé, die alles wußte, und auch dies wissen mußte, ließ sich, bevor sie ihr Botum abgab, genauer Bericht ersiaten.

„Sie wird trädlich sein“, sagte sie schließlich. Sie hatte Erfahrungen.

„Der Baumann meint's auch.“

„Warten's halt ab!“

„Aber elf Liter sind garantiert.“

„In die Kuh hineinschauen hast nicht können.“

Die Konferenz endete ohne Ergebnis. Sän-dereitend nahte der Herr des Hauses, Fanny entschwebte.

Girnigls Kinder hatten die Kuh liebge-wonnen. Man konnte sich nicht entschließen, sie nun, wo sie ein süßes Geheimnis hegte, in Nacht und Nebel hinausjosten.

Aber mit Girnigl und Bauhuber, die sonst unangängliche Leute waren, ging eine düstere Veränderung vor sich. Es war nicht angezeigt, sie nach ihren Rahmschüssel zu fragen. Nur Fanny im Stadtkasé wagte es zuweilen, den Kopf leicht zur Seite geneigt und eine Hand in die Hüfte gestemmt.

„Einen Braunen, Herr Bauhuber?“

„Teufel, Sie wissen doch: eine Teeschale, heiß und mit viel Zuder.“

„Und die Kuh?“

„Hören's mir auf, Fanny! Wenn i schon das Wort hör, wird mir anders.“

Ja, die Kuh ist nur dann ein geschätztes Mitglied der menschlichen Gesellschaft, wenn sie elf Liter Milch gibt. Vergnügt sie sich mit viereinhalb, so hat sie es verdirkt, mit jener Achtung genannt zu werden, die in dieser trüben Zeit nur der beanspruchbar darf, der redlich das Seine tut, des Krieges Wunden und Schwären hilen zu helfen.

Und es kann nicht verschwiegen werden, daß Girnigl dem Bauhuber Inkonsequenz und Feigheit vorwarf, weil beim Kuhlauf gewisse Vorsichtsmaßregeln unterlassen worden seien. Darauf zeigte es sich, daß Bauhuber den hartnäckigen Wunsch aussprach, Girnigl könne und müsse ihn gern haben.

„Und sonst niz?“ fragte der und lachte höhnisch.

— O ja, Bauhuber hatte noch mehr Wünsche. Die Kuh mußte aus dem vergifteten

Stirnigglischen Stall heraus, in reinere Luft. Die Baumännin tat ja nichts als Rasbohren. Da mußte es ja einen Hottentotten grausen, geschweige denn eine anständige Kuh, die sich noch obendrein in interessanten Umständen befand.

— Wußte er das gewiß?

— Das wußte er, die Fanny im Stadtkasé hatte es gesagt, die war in Liebesfachen un-schlagbar.

— Das war gut und schön, aber das mit dem vergifteten Stall würde Bauhuber erst noch beweisen müssen.

— Nichts würde ihm lieber und leichter sein.

— Dann wär's auch ein vergiftetes Kalb, das das Licht der Welt erblicken würde?

— Bauhuber fürchtete das sehr. Ein Viehdoktor mußte nach dem Rechten sehen. Aber natürlich zuerst heraus mit der Kuh aus der Wirtschaft! Man sollte sie bei Ranfil einstellen.

Worauf Girnigl erklärte, eher verredete er, als daß er seinen Anteil an der Kuh irgend jemandem hingab, und sei's der Kaiser von China.

Und Bauhuber, daß die Gesundheitspolizei auch noch ein Wörtl dreinzureden habe.

Und Girnigl, daß die Verpflegenheit des Bauhuber stadtbekannt sei und überall Abscheu erwecke. Und daß er der Baumännin sündhaft auf den Buckel klopfte und ein Vieh mit Haxen sei.

Und Bauhuber, daß er, wenn er schon ein Vieh mit Haxen sein solle, doch so viel Gewissen hätte, daß er nicht bloß viereinhalb Liter Milch geben täte, sondern elf; denn Kontrakte hielt er ein.

Da diese Unterredung vor aneilnehmenden Zeugen im Hinterstüberl vom Gasthaus zum Eisenhut und nicht ohne Zufuhr von gutem, rotem Leichtader erfolgte, geschah es, daß Girnigl dem Bauhuber nunmehr im Tone des tiefsten Bedauerns sogar die Qualität eines Viechs mit Haxen absprach, während Bauhuber sich zu der Behauptung verstitte, er gebe zwölf, vierzehn, sechzehn Liter Milch, und selbst wenn er in anderen Umständen sei; er war gerührt, er schluchzte, er bot Betten an, und Girnigl konnte ihm, von so viel Größe im Innersten erschüttert, das ehrende Zeugnis nicht versagen, daß er das Vieh mit Haxen zum Ueberdies erenne.

Darauf gaben sie gemeinsam für die Tafelrunde einen Doppelliter Wein aus, das Fest endete in schönster Harmonie und die ihm Anwoh-nenden nahmen die beglückende Gewißheit mit heim, daß dem, der zu allem entschlossen ist, nichts unmöglich sein könne.

Als aber die Kuh nach drei Monaten sich entschloß, das zu tun, was ihres Antes war, grad als Bauhuber, um nach ihr und der Baumännin zu sehen, auf abendlichem Spaziergang den Stall betrat, begrüßte Girnigl ihn mit einem freundlichen: „Hab ich's nicht immer gesagt? Wenn du in an Stall kommst, dann vermercht sich's Rindvieh.“

Erde muß in die Erde.

Ein Junge hatte keinen Vater mehr. Einmal fragte er seine Mutter: „Warum haben alle anderen Jungen einen Vater, mir ich nicht?“ Die Mutter antwortete: „Weil dein Vater gestorben ist.“ „Also kommt er nicht mehr zurück.“ „Nein, Aber wir gehen zu ihm. Wir sind alle aus Erde, wir müssen alle in die Erde hinein.“ „Aber ich nicht“, sagte der Sohn, „ich werde mir einen Ort suchen, wo man ewig lebt.“ Er ging und wunderte durch viele Länder. Aber überall sah er Begräbnisse und Grabsteine, wo er auch hinfam. Schon war er 20 Jahre alt geworden. Da erblickte er eines Tages auf einem Berge einen großen Hirsch. Der hatte ein so ungeheures Geweih auf, daß dessen Spigen in die Wolken hineinreichten. Der muß noch lange leben, dachte der Junge, vielleicht gar ewig, und sagte: „Um Gotteswillen jag mir, ob irgendwo ein Ort ist, wo es keinen Tod gibt.“ „Ich werde am längsten leben, von allem was ist“, antwortete der Hirsch, „solange mein Geweih an den Himmel langt. Dann muß auch ich sterben. Aber bleib bei mir. Dann wirst du wenigstens so

lange leben.“ „Das nützt mir nichts“, sagte der Sohn, „ewig will ich leben. Sonst hätte ich ja auch zuhause bleiben können.“

Tages-Neuigkeiten.

Eine Reminiszenz an die letzten Tage der Habsburgerherrschaft. Am 21. Mai 1918, als die militärische Situation Oesterreichs noch leidlich war, brach, wie noch allgemein erinnerlich sein wird, in Rumburg in Böhmen eine Meuterei des dort stationierten 7. Bismar Schützenregimentes aus. Die Soldaten dieses Regimentes, unter denen sich viele Heimkehrer aus Rußland befanden, verlangten an diesem Tage vom Hauptmann Klopffer Verbesserung der Verpflegung, und als sie statt einer besseren Menage nur Grobheiten bekamen, loberte die Empörung offen auf, im Handumdrehen waren zwei starke Meuterertruppen beisammen, deren Stärke heute auf 800 bis 1500 Mann geschätzt wird. Die Führer dieser Meuterei waren Franz Roga, Josef Jelenka, Adalbert Kowak aus Prag-Rositz und ein gewisser Vodiška. Ein Teil der Aufständischen besetzte den Rumburger Bahnhof, vernichtete alle Telegraphenverbindungen und stellte den Zugverkehr ein. Eine andere Abteilung bemächtigte sich der Maschinenwiewehre und die Aufrührer zogen sodann von Rumburg in der Richtung gegen Haida und Böhmisches-Leipa ab, um auch andere Garnisonen zu bewegen, mit ihnen nach Prag zu ziehen. Südlich von Rum-burg kam es zwischen Meuterern und kaiser-treuen Truppen zu einer regelrechten Schlacht, die mit der Umzinglung und Zersprengung der Meuterertruppe endigte. Gegen eine Reihe von Leuten wurde der Prozeß angestrengt und sie wurden vom Militärgericht zum Tode verurteilt. In Rumburg erschof man drei Leute, an einem Waldrand bei Haida sieben andere, die man auf dem Friedhofe in Haida ohne Satz verscharrte. Damit war der erste tschechische militärische Aufstand in Böhmen blutig unterdrückt. Zum Andenken an diese ersten Blutzeugen des Aufstubs in Böhmen wurde auf dem Friedhofe in Haida ein Denkmal aufgestellt, das neben einem jungen Löwen die Gestalt eines Mannes mit entblößter Brust zeigt. Die Enthüllung dieses Denkmals fand am letzten Sonntag statt. Am selben Tage veran-staltete auch die tschechoslawische Ehrenlegion auf dem Grabe des Walbert Kowak in Prag-Rositz eine Trauerfeier für alle Hingerichteten.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Innsbruck. Sonntag fanden bei reger Wahlbeteiligung die Ergänzungswahlen in den Innsbrucker Gemeinderat statt. Es erhielten die Sozialdemokraten 640 Stimmen (8 Mandate), die Tiroler Volkspartei (Christlichsoziale) 8636 Stimmen (7 Mandate), die Großdeutsche Volkspartei 5390 Stimmen (4 Mandate) und die Nationalsozialisten 2039 Stimmen (1 Mandat). Die Sozialdemokraten haben 1 Mandat hinzugewonnen.

Ein amerikanisches Hilfswerk für Deutschland und Oesterreich. Die „Postische Zeitung“ meldet: Ein großzügiges Sammelwerk, das innerhalb weniger Tage einen glänzenden Erfolg hatte, ist zugunsten der Notleidenden Deutschlands und Oesterreichs in Amerika, und zwar in Saint Louis, veranstaltet worden. Ursprünglich war als Endziel für die Sammlung der Betrag von 100.000 Pfund angesetzt worden. Der Organisationsausschuss erhobte jedoch die Summe auf 150.000 Pfund. Nach sechs Tagen waren schon 170.000 Pfund aufgebracht worden und durch nachträgliche Spenden wuchs die Summe auf 200.000 Pfund an. Saint Louis ist die erste Stadt, die mit einem Sammelwerk für die Notleidenden Deutschlands und Oesterreichs einen so glänzenden Erfolg erzielt hat. Jetzt soll nun der ganze Staat Missouri für diese Hilfsaktion interessiert und entsprechend organisiert werden. Ist dies gescheit, so beabsichtigt man, die Vertreter aller Staaten nach Saint Louis einzuladen, um sie für das Hilfswerk zu gewinnen, und die Organisation dann über das ganze Land auszubreiten.

Mein Reisegefährte.

Von Maxim Gorkij.

„Nicht, nicht! Ja! Und wenn sie keinen Zeitgeist kriegen, dann werden sie wieder einmal so was machen.“

Der Alte sprach empörend gleichmütig, und als er fertig war, nickten seine Gefährten schweigend mit den Köpfen.

„Ja, so ist es! Hast gestohlen, nun, dann bulde, wenn du reingefallen bist... ja! Michal, das Ding... der Kahn, ist dort?“

„Ja, dort.“

„Wie ist's?... Das Wasser spült ihn nicht runter?“

„Nein... spült ihn nicht runter.“

„Dann mag er dort auch stehen bleiben. Und morgen werden Bootsleute nach Kerisch fahren und werden ihn mitnehmen. Warum sollten sie denn einen leeren Kahn nicht mitnehmen? Ge? — Dann also... Und jetzt ihr... zerlumpte Bur-schen, wie... wie ist's eigentlich? Habt ihr beiden euch nicht gefürchtet, Nicht? Te-te! Noch 'ne halbe Wert und ihr wäret im Meere gewesen. Was hätte ihr wohl angefangen, wenn ihr ins Meer rausgetrieben wäret? Ah? Ertrunken wäret ihr, versunken wie Beise, die ins Wasser fallen, alle beide. — Ha! Ertrunken und damit fertig.“

Der Alte schwieg und sah mich an, seinen Schnurrbart zu einem spöttischen Lächeln verzerrend.

„Was schweigst du denn, Burische?“ fragte er mich.

Ich hatte seine Erörterungen satt; denn ich

verstand sie nicht und glaubte, er wolle uns ver-höhnern.

„Ja, ich höre dir ja zu!“ sagte ich recht ärgerlich.

„Nun, und was?“ fragte der Alte mit Interesse.

„Nun, und nichts.“

„Na, warum denn so böse? Ist es etwa in der Ordnung, jemand zu ärgern, der älter ist wie du selbst?“

Ich schwieg, im Bewußtsein, daß das wirklich nicht in der Ordnung sei.

„Und essen willst du auch nicht mehr?“ fuhr der Alte fort.

„Mag nicht.“

„Nun, dann ist nicht. Willst nicht, brauchst auch nicht. Aber vielleicht auf die Reise würdest du wohl ein Stück Brot mitnehmen?“

Ich erblicke vor Freude, aber verriet mich nicht.

„Auf die Reise würdest ich was mitnehmen...“ sagte ich ruhig.

„Ch!... So geht ihnen für die Reise das Brot und den Speck dort... Oder ist sonst noch was da? Dann gebt ihnen auch davon.“

„Aber sollen sie denn fortgehen?“ fragte Michal. Die beiden anderen schlugen ihre Augen zu dem Alten auf.

„Na, was sollen sie denn bei uns tun?“

„Aber wir wollten sie ja zu dem Ataman... oder auch zu der Postwache...“ gab Michal ent-täuuscht an.

Schadro begann sich am Feuer zu rühren und streckte neugierig den Kopf aus dem Tischelmenj hervor. Er war ruhig.

„Was sollen sie beim Ataman machen? Ich

bitte dich, bei dem haben sie wohl nichts zu tun. Später werden sie schon zu ihm gehen... wenn sie Lust haben.“

„Aber der Kahn, wie ist's damit?“ wandte Michal ein.

„Der Kahn?“ wiederholte der Alte. Nun, was ist mit dem Kahn? Steht er dort?“

„Er steht da...“ antwortete Michal.

„Nun, dann laß ihn stehen. Morgen früh wird ihn Jwaschka schon nach dem Hafen treiben... von dort wird man ihn nach Kerisch mitnehmen. Weiter ist mit dem Kahn nichts zu machen.“

Ich sah den Alten unterwandt an und konnte nicht die geringste Bewegung auf seinem pflög-matischen, verbrannten und verwitterten Gesichte entdecken, auf dem die Schatten vom Feuer tanzten.

„Aber wird uns nicht etwa mal irgend eine Unannehmlichkeit daraus entstehn?“ begann Mi-chal einzulunken.

„Wenn du deine Zunge im Zaume hältst, ich bitte dich, du brauchst schon keine Unannehmlichkeit danach zu kommen. Aber wenn man sie zum Ataman brächte, so wäre das, denke ich, unbequem sowohl für uns, als auch für sie. Wir müssen unsere Arbeit tun, sie — müssen gehen. Ch! Habt ihr noch weit zu gehn?“ fragte der Alte, obwohl ich ihm schon gesagt hatte, wie weit.

„Bis Tiflis...“

„Ein weiter Weg! Da siehst du, und der Ataman wird sie aufhalten; und wenn man sie aufhält, wann werden sie dann ankommen? Also lassen wir sie gehen, wohin sie ihr Weg führt. Nicht?“

„Ja, was denn? Lassen wir sie gehen!“ stimmten die Gefährten des Alten zu, als er nach

Beendigung seiner langsamen Reden mit fest-geschlossenen Lippen sie alle fragend anblickte, dabei mit den Fingern seinen grauen Bart drehend.

„Nun, so geht mit Gott, ihr Jungen!“ sagte mit einer Handbewegung der Alte. — „Und den Kahn werden wir schon an die richtige Stelle bringen. Nicht wahr?“

„Ich danke dir, Großvater!“ sagte ich und nahm meine Mütze ab.

„Aber wofür der Dank?“

„Danke, Bruder, danke!“ wiederholte ich

erregt.

„Ja, wofür denn der Dank? Das ist sonderbar! Ich sage: geht mit Gott; und er sagt zu mir: danke! Hast du denn gefürchtet, daß ich dich zum Teufel schiden werde. Ch?“

„Es war unrecht von mir, ich fürchtete es!“ sagte ich.

„Ch!...“ Und der Alte zog die Augenbrauen in die Höhe. — „Wozu sollte ich einer Menschen auf einen schlechten Weg führen? Lieber schide ich ihn auf den, den ich selber gehe. Vielleicht treffen wir uns mal wieder, dann werden wir schon gute Bekannte sein. Möglich daß einer dem anderen mal helfen mußte... Auf Wiedersehen...“

Er nahm seine struppige Schaffelmütze vom Kopf und verbeugte sich vor uns. Auf seine Gefährten verbeugten sich. Wir fragten nach dem Weg nach Anapa und gingen. Schadro lachte über etwas...

(Fortsetzung folgt.)

Professor Dr. Johann Heidler, einer der bedeutendsten unter den jüngeren tschechischen Historikern, ist gestern gestorben. Heidler hat sich insbesondere mit der neueren tschechischen Geschichte beschäftigt und hat eine Reihe ausgezeichnete Monographien, so über den jungtschechischen Politiker Vinš, über Anton Springer geschrieben und bereite eine große Biographie des Führers der alttschechischen Partei Rieger vor. Heidler war Professor an der Universität in Pilsen.

Die Arbeitslosendemonstrationen in Dresden. Aus Dresden wird berichtet: Nach dem Polizeibericht sind bei den gestrigen Zusammenstößen zwischen den Polizeibeamten und den demonstrierenden Erwerbslosen insgesamt drei Personen verletzt worden, davon eine erheblich durch Lungenschlag. Die Meldungen, daß es Tote gegeben hat, sind unzutreffend. Am Abend mußte die Polizei nochmals in der Bertinerstraße eingreifen, wo die Polizeiwache angegriffen und auf die Beamten geschossen wurde. Ein Waffenladen wurde vollständig ausgeplündert. Auch hier konnte schließlich die Ordnung wiederhergestellt werden, wobei proletarischer Selbstschutz mitwirkte. 27 Personen wurden festgenommen. Wänderungen sind außer in dem einen Waffenladen nicht vorgekommen. Auch heute vormittags fanden einige Versammlungen und Umzüge statt.

Einreisebewilligung für weitere 4500 reichsdeutsche Kinder. Das Zentralkomitee für deutsche Kinderhilfe teilt mit, daß die beteiligten Ministerien übereingekommen sind, auf Ansuchen des Zentralkomitees neuerlich 4500 reichsdeutschen Kindern die Einreisebewilligung zu erteilen.

Die Schutzverordnung über die Kündigungsfrist der Privatangestellten in Gefahr ist das Thema einer öffentlichen Versammlung, die heute Mittwoch, den 30. Mai um halb 7 Uhr abends im großen Saale des Volkshauses in Prag II, Hybernska 7, stattfindet und vom Zentralverband der Handels- und Industrieangestellten (Zvaz) einberufen wird.

Das Heilverfahren der Allgemeinen Pensionsanstalt. Zu der Notiz in der bürgerlichen Presse unter dem Titel „Das Heilverfahren der Allgemeinen Pensionsanstalt und der Krankenlosen“ wird uns mitgeteilt, daß die neuen Richtlinien eine Vertiefung des Heilverfahrens anstreben. Deshalb wird vorzüglich die Bekämpfung der Tuberkulose hervorgehoben, ohne daß jedoch andere Krankheiten ausgeschlossen wären, bei denen durch geeignete Mittel die gefährdete Berufsfähigkeit dauernd wiederhergestellt werden kann. Die Einstellung der nur in Prag bestandenen anonymen Behandlung der Geschlechtskranken schießt die Heilvernahme auch dieser Kranken in das Heilverfahren nicht aus, wenn die Bedingungen dazu vorhanden sind. Die Tendenz, die Erholungsheime auszubauen, besteht noch und die Allgemeine Pensionsanstalt widmet dem Heilverfahren auch weiterhin ihre volle Aufmerksamkeit, ohne jedoch die Sicherheit der Rentenanprüche zu gefährden.

Die Wahrheit über die Wirkungen des Alkoholverbotes in Amerika. Ueber diesen Gegenstand spricht Donnerstag, den 31. Mai im kleinen Uraniasaale in Prag Herr Hohensthal aus Washington. Beginn 8 Uhr abends, Eintritt frei.

Prag bei Nacht. Der Schneider Josef Bobiška aus Zizlow ging Montag nach 4 Uhr früh durch die Karlsstraße in Zizlow, wo auf ihn die Prostituierte Marie F. zutrat und ihn um eine Zigarette ersuchte. Als Bobiška ihrem Wunsch entsprechen wollte, stürzte sich auf ihn ein Mann, der ihm ein Messer in den Bauch stieß und eine solche Verletzung beibrachte, daß der Verletzte ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Attentäter — es ist der Gewohnheitsdieb Gustav Sala — ergriff die Flucht, es gelang jedoch, ihn auszuforschen und dem Strafgerichte einzuliefern.

Ein gravitzes Verbrechen. Wie aus Hamburg gemeldet wird, fuhr der stellunglose Keilner Blondon mit seinen beiden Kindern, einem zwölfjährigen Sohne und einer neunjährigen Tochter, nach Bergdorf. Auf einer Fußwanderung hat der Vater beiden Kindern mit einem Feldstein den Schädel eingeschlagen. Die Kinder wurden blutüberströmt in einem Roggenfeld aufgefunden. Das Mädchen starb nach kurzer Zeit, der Knabe liegt hoffnungslos im Krankenhaus. Der Täter wurde in Bergdorf verhaftet; er war bereits zweimal in einer Irrenanstalt.

Giftmordversuch an einem Dmüger Apotheker. Der Inhaber der Dmüger Landapotheke Magister Ludwig Winkler erkrankte vor kurzem unter schweren Vergiftungserscheinungen. Die Ärzte stellten Atropinvergiftung fest. Die Nachforschungen der Polizei förderten wichtige Verdachtsmomente gegen den Wittmeister a. D. Ferry Wittmann, der Mitbesitzer der Apotheke Winkler ist, zutage, so daß dieser verhaftet wurde. Der Verhaftete, der sich ständig in Geldverlegenheit befand, wollte das Geld verkaufen, wogegen sich Winkler sträubte und es besteht daher der Verdacht, daß Wittmann dieses Hindernis beseitigen wollte.

Kleine Chronik.

Eine riesige Ueberschwemmung. Aus Bagdad wird gemeldet: Der Euphrat ist aus seinen Ufern getreten und überschwemmte 18.000 Hektar bebauten Bodens.

Die Münchener Wetteruhr. Der mächtige vierstöckige Turm, der das Deutsche Museum in München überragt, ist mit einer neuen Einrichtung versehen worden, die auch anderwärts, wo sich die Möglichkeit dazu ergibt, Nachahmung verdient. Der Turm zeigt statt einer Zeituhr eine Barometeruhr, deren Zeiger den jeweiligen Stand des Luftdrucks erkennen läßt. Das Uhr-Barometer unterscheidet sich äußerlich nur wenig von einer der gewöhnlichen Turmuhren; das Zifferblatt wird von den Zahlen des Luftdrucks in Zentimetern gebildet, und an der Stelle, an der sich auf anderen Uhren die XII befindet, sieht man in arabischen Ziffern die Zahl 71, entsprechend dem mittleren Münchener Luftdruck von 710 mm. Rechts folgen die Zahlen von 71 bis 74, links stehen die Zahlen 70, 69 und 68. Den Zwischenraum kennzeichnet eine Strich-Skala mit je 10 Strichen zwischen zwei Zahlen, so daß man jeden Millimeter der Druckschwankung am Zeiger ablesen vermag.

Ein Indianer-Pompeji. In der Nähe von St. Louis, wo der Mississippi und der Missouri zusammenfließen, kennt man schon seit 200 Jahren die sogenannte Cahokia-Schanzen. Es sind Erdhütungen bis zu 300 Metern Länge und 200 Metern Breite, etwa 30 Meter hoch. Der Professor Worchado von der Universität von Illinois ist der Ansicht, daß man hier die Ruinen der größten Stadt vor sich hat, die im nördlichen Amerika vor der Einwanderung der Weißen bestanden hat. Man kennt diese Schanzen oder Hügel in einer Ausdehnung von acht Quadratkilometern, aber vielleicht reicht die Ausdehnung noch weiter. Vermutlich waren die Erdhütungen nur die Unterbauten, auf denen sich dann die Tempel, Schlösser, Häuser usw. erhoben. Da die moderne Kultur und besonders die Nähe einer großen Industriestadt das ungefähre Bestehen der Ruinen sehr fraglich erscheinen läßt, ist man bemüht, das ganze Gebiet unter Schutz zu stellen, nach Art der National-Parks, die in Amerika in ziemlicher Zahl bestehen. Ueber die Art der Stadt und den Namen des Volkes, das da einstmal eine große Stadt gebaut hat, gibt es keine Nachricht oder Ueberslieferung, und es ist auch fraglich, ob man bei den Ausgrabungen etwas darüber erfahren wird. Der Name „Cahokia“, mit dem man die Schanzen, Wälle oder Höhen gemeinhin bezeichnet, rührt von einem kleinen Indianerstamme, der in der Gegend hauste, als die ersten Weißen hinkamen. Mit dem Kulturvolk, das die Stadt erbaute und längst untergegangen war, hatten die Cahokia nichts zu tun.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Ein aufrichtiger Erlaß der politischen Bezirksverwaltung in Trautenau. Wie das „Trautenauer Echo“ meldet, lief beim dortigen Textilarbeitersekretariat folgendes Schreiben ein:

Politische Bezirksverwaltung in Trautenau.
Zs 19180. Am 23. Mai 1923.
An das Sekretariat der Textilarbeiter in Trautenau.

Die politische Bezirksverwaltung wurde vom Ministerium für soziale Fürsorge ermächtigt, den Textilarbeitern, die bereits durch neun Monate hindurch die Arbeitslosen-Unterstützung beziehen, diese Unterstützung auf die Dauer weiterer drei

Mitteilungen aus dem Publikum.

Die beste Melkmaschine war und ist bisher die gute Qualität der angepriesenen Ware. Dessen alten Erfahrungsjahr verdanken die bekannten Berson-Gummiabsätze und Gummisohlen ihre große Verbreitung trotz der vielen auf den Markt gebrachten ähnlichen Fabrikate. Aus den besten und edelsten Rohstoffen hergestellt, ist ihre Qualität stets von gleicher hervorragender Güte und werden dieselben immer wieder von jenen verlangt, welche einmal Berson-Gummiabsätze und Gummisohlen in Benützung genommen haben. 1628a

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar.

Herausgeber: Dr. Ludw. Czoch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Polik.

Monate im Sinne der Verfügung des Finanzministeriums zuguerkennen.

Die Verfügung des Finanzministeriums besagt, daß das Ausmaß der Arbeitslosen-Unterstützung im vierten Vierteljahr nur mit 50 Prozent vermindert werden darf.

Erlaube, von dieser Verfügung, die ab Mitte Juni 1923 bei Arbeitslosen einiger Betriebe Anwendung finden wird, Kenntnis zu nehmen.

Der Statthalterrat: Dr. Bozay m. v.

Ob sich die Regierung, beziehungsweise der unterfertigte Statthalterrat Sorgen deswegen gemacht haben, wie die Tausenden Arbeitslosen leben sollen, wenn ihnen von der ohnehin karglichen Unterstützung im vierten Vierteljahr noch die Hälfte abgezogen werden soll! Wie sollen die Menschen von einer so niedrigen Unterstützung, die sich dann etwa auf vier Kronen täglich belaufen wird, auch nur ihr nacktes Dasein fristen? Die Union der Textilarbeiter ist an das Ministerium für soziale Fürsorge wie an das Finanzministerium diesbezüglich herantreten. Der Erlaß ist jedenfalls für das maßlose Unverständnis der Regierung, die sich auf ihr soziales Verständnis im Inland und im Ausland Gott weiß was zugute tut, bezeichnend.

Die Kündigungsfrist bei Angestellten. Eine Abordnung der Zentraldirektive der freigewerkschaftlichen deutschen und tschechischen Angestelltenorganisationen sprach gestern im Senat beim Minister für soziale Fürsorge Gustav Habrman vor. Die Sprecher der Deputation erörterten in eingehender Weise die Notwendigkeit der Verlängerung der Kündigungsfrist der Arbeiter, die zum Schutze der Angestellten Kündigungsbeschränkungen in der Zeit der Wirtschaftskrise vorlieht. Sie wiesen auch auf die wiederholten Interventionen, die von Seiten der Angestelltenvereinigungen in dieser Sache unternommen wurden, hin und verlangten die Erfüllung dieser ihrer Forderung. Der Minister für soziale Fürsorge Habrman erklärte, daß die bezügliche Verordnung noch nicht erschienen sei.

Rückgang der Arbeitslosigkeit in Oesterreich. Nach einem statistischen Bericht ist in Oesterreich dauernd die Zahl der Arbeitslosen gesunken. Ende Februar gab es in Oesterreich 168.147 Arbeitslose, davon in Wien allein 97.800. Bis zum 15. Mai ist die Zahl der Arbeitslosen in Oesterreich auf 122.353, in Wien allein auf 75.841 gesunken.

Stinnes auch in Polen. Die Warschauer Presse meldet, daß Stinnes bemüht ist, Kohlengruben im polnischen Teile Oberschlesiens anzulaufen.

Die Fleischpreise steigen! Die Fleischpreise für die kommende Woche vom 29. Mai bis 4. Juni sind gegenüber der Vorwoche im Steigen begriffen. Vorderes Rindfleisch heimischen Ursprungs erster und zweiter Qualität ist in Prag um je 50 Heller per Kilo teurer. Schöpfensfleisch, vorderes und hinteres, ist um je 1.50 K per Kilo gegenüber der Vorwoche teurer.

Gute u. billige Bücher in Geschenkeinband.

Jedes Buch nur K 4.-

Gottfried Keller: Pantrag der Schmöller, Der Landvogt von Grettensee, Drei gerechte Rammacher, Nieber machen Leute
Theodor Storm: Die Todenwälder, Die Nachtigall, Die Schöne, Die Schöne, Die Schöne
Höring: Ein frühlicher Märchen, Der Brautmarisch, Die Schöne, Die Schöne, Die Schöne
Folstiel: Die Schöne, Die Schöne, Die Schöne
Strandberg: Der romantische Müller, Die Schöne, Die Schöne, Die Schöne
Elehandorf: Aus dem Leben eines Augenstichs.
Bürger: Die Schöne, Die Schöne, Die Schöne
Hoffmann E. T. A.: Die Abenteuer der Silberröhre, Die Schöne, Die Schöne, Die Schöne
Reuter: Die Schöne, Die Schöne, Die Schöne
Noberrall: Die Schöne, Die Schöne, Die Schöne
Gothies: Die Schöne, Die Schöne, Die Schöne
Charles Dickens: Die Schöne, Die Schöne, Die Schöne
Wagner: Die Schöne, Die Schöne, Die Schöne
Conscience: Die Schöne, Die Schöne, Die Schöne
Lafontaine: Die Schöne, Die Schöne, Die Schöne
Puschkin: Die Schöne, Die Schöne, Die Schöne
Constant: Die Schöne, Die Schöne, Die Schöne
Huch: Die Schöne, Die Schöne, Die Schöne
Daudet: Die Schöne, Die Schöne, Die Schöne
Stifter: Die Schöne, Die Schöne, Die Schöne

Su begleiten durch die Schriftenabteilung des „Trautenauer Echo“ Trautenau, Arenzpl. 2/II.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich Schw. Frank 16.56.25
Berlin Mark 1800.00
Wien österr. Kr. 2122.00

Prager Kurse am 29. Mai.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1320.00	1324.00
10.000 Mark	5.15.00	6.15.00
100 belg. Franks	101.87.50	103.37.50
100 schweiz. Frant	902.75	905.25
1 Pfund Sterling	154.75.00	158.25.00
100 Lire	159.25.00	160.75.00
1 Dollar	33.80.00	34.20.00
100 franz. Franks	324.50	326.00
100 Dinar	36.25.00	36.75.00
10.000 magaar. Kronen	63.00.00	67.00.00
10.000 poln. Mark	5.55.00	6.55.00
10.000 österr. Kronen	4.58.00	5.08.00

Züricher Schlusskurse am 29. Mai.

	Geld	Ware
Paris	36.70.00	36.80.00
London	25.64.00	25.66.00
Berlin	0.00.88.00	0.00.92.00
Nailand	26.50.00	26.60.00
Solland	217.00	217.25
Wien	0.00.78.12	0.00.78.37
Budapest	0.10.25	0.10.75
Prag	16.55.00	16.57.50
Reis Port	5.54.50	5.55.25
Belgrad	5.85.00	5.95.00
Warschau	0.00.96.00	0.01.06.00
Wien alt	0.00.00	0.00.00

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute Mittwoch „Trommeln in der Nacht“, Donnerstag „Trasquita“, Freitag (Rozartzyklus) „Entführung aus dem Serail“, Samstag „Rheingold“, Sonntag nachmittags Gastspiel Emanuel Reicher, „Die Juden“, Sonntag abends Erstaufführung „Der blonde Engel“.

Kleine Bühne. Heute Mittwoch „Cheurfaub“, Donnerstag „Leonce und Lena“, Samstag und Sonntag abends Gastspiel Emanuel Reicher „Die Juden“.

Aus der Partei.

Die Fraktionkonferenz findet nicht, wie irrtümlich gemeldet, in Warnsdorf, sondern in Rumburg am 3. Juni statt.

Volksorganisation Weinberge - Rudle - Brschowitz. Donnerstag, den 31. Mai Besichtigung der Nährmittelfabrik in Keratowitz. Abfahrt nachmittags 1.38 Uhr Wilsonbahnhof. Die Teilnehmer mögen sich um 1 Uhr im Schallerraum des Bahnhofes einfinden. Genoffinnen und Genossen, welche sich noch beteiligen wollen, sind hiemit freundlich eingeladen.

Volksorganisation Prag VII. Die für den 1. Juni anberaumte Wochenversammlung findet nicht statt. Die Genossen von Prag VII werden ersucht, sich vollständig an der Bezirksplenarversammlung, welche Freitag, den 1. Juni in der „Urania“ stattfindet zu beteiligen.

Berson ist und bleibt stets die Qualitätsmarke

Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher das Anbringen von Berson Gummi-Absätzen und Gummi-Sohlen

Berson' schon die Schuhe, ist billiger und dauerhafter als Leder

1658

Der bekömmlichste Pudding aus Oetker's Puddingpulver Zusatz mit VANILLIN-MANDELSCHOKOLADE-Geschmack. BILLIG RASCH UND GUT

1507